

Hintergrundpapier

Nr. 10 / Juli 2011

Das Freiheitsbarometer Asien 2010

von Miklos Romandy, Corinna Johannsen, Dr. Gorawut Numnak

Übersetzung: Juliane Schmucker, Judith Kossler

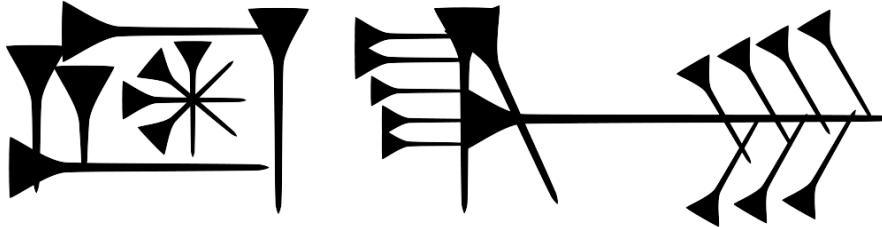
Das Freiheitsbarometer Asien ist ein Instrument, um den Grad politischer und wirtschaftlicher Freiheit und die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in ausgewählten Ländern in Südost- und Ostasien zu messen. Das Regionalbüro für Südost- und Ostasien der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNF) mit Sitz in Bangkok/Thailand hat diesen Index entwickelt, mit dem Ziel, Freiheit als Ganzes von einem liberalen Standpunkt aus zu untersuchen. Das Freiheitsbarometer Asien untersucht 16 ausgewählte Länder in Ost- und Südostasien nach zehn spezifischen Variablen, die in drei Kategorien zusammengefasst werden.

Die Dimension „politische Freiheit“ befasst sich mit folgenden Fragen: Erstens: „Sind freie und faire Wahlen gewährleistet?“ Zweitens: „Welche Rolle spielen verfassungswidrige Vetoakteure in politischen Entscheidungsprozessen?“ Und Drittens: „Inwieweit ist die Presse- und Meinungsfreiheit garantiert?“. In der Kategorie „Rechtsstaat“ bewerten wir Daten und Informationen zur Unabhängigkeit der Justiz, zum Grad der Korruption sowie zum Schutz der Menschenrechte. Die Variable zur Messung der „wirtschaftlichen Freiheit“ bezieht sich auf die Sicherung der Eigentumsrechte, den Umfang der Regierungstätigkeiten (Ausgabenpolitik, Steuern und staatliche Unternehmen), die Kredit-, Arbeits- und Unternehmensbestimmungen sowie auf den Grad der Offenheit des (internationalen) Freihandels.

Folgende Länder werden hinsichtlich ihrer politischen Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und der wirtschaftlichen Freiheit untersucht: Japan, Taiwan, Südkorea, Singapur, Mongolei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand, Vietnam, China, Kambodscha, Brunei, Myanmar, Laos und Nordkorea. Auf die zuletzt genannten fünf Länder wird in der deutschen Version des Freiheitsbarometers Asien 2010 aufgrund unvollständiger Datensätze nicht detailliert eingegangen. In der englischen Version sind diese jedoch mit aufgeführt.

Vorwort

Dr. Rainer Adam, Regionaldirektor Ost- und Südostasien, Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit, Bangkok



Ama-gi¹

„Ama-gi“, das bedeutet wörtlich übersetzt „die Rückkehr zur Mutter“. Dieser Begriff stammt aus dem Sumerischen und steht für die Befreiung aus der Sklaverei. In einem Text aus dem 24. Jh. v. Chr. wird die Kultivierung sozialer und wirtschaftlicher Freiheit im sumerischen Stadtstaat Lagash am Fluss Tigris beschrieben. Urukagina, der König von Lagash, schuf erstmals eine rechtliche Grundlage zum Schutz grundlegender Bürgerrechte. Seine Gesetzgebung beinhaltet ein Verbot zur Zwangsenteignung von Eigentum und verlangte einen fairen gerichtlichen Prozess für jeden Bürger, der eines gesetzlichen Vergehens beschuldigt worden ist. Oben stehendes Symbol ist das früheste bekannte Symbol von Freiheit.

Es ist erstaunlich, dass die Definition von Freiheit die Menschheit bereits seit vier Jahrtausenden beschäftigt (...).

Das chinesische Wort für Freiheit bedeutet auch: „Nahrung für den Geist“: Das Wort自由 ist eine Kombination aus den Zeichen 自 (bedeutet soviel wie „selbst“) und 由 (zu übersetzen mit „folgen“), also „sich selbst folgen“ = Freiheit. In der chinesischen Sprache impliziert diese Wortkombination jedoch auch eine Beziehung zwischen Individualismus und Nationalismus.

Auch im alten Rom existierte bereits eine Gesetzgebung, die den Bürgern der Stadt eine Reihe von Rechten zusicherte, so beispielsweise das uneingeschränkte Recht Verträge abzuschließen sowie ein Anti-Folter Gesetz. Viele dieser Freiheiten hatten über Jahrhunderte Rechtsgültigkeit und schufen die Grundlage für die während der Aufklärung entstandene Idee der unveräußerlichen und universellen Menschenrechte.

Für liberale Institutionen wie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit stehen politische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Freiheiten und das uneingeschränkte Praktizieren im Zentrum der Aufmerksamkeit. In unserer Arbeit konzentrieren wir uns insbesondere auf die Zusammenhänge von Freiheit und Eigentum, Freiheit und Zivilgesellschaft sowie Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Zentrale Fragen sind wie sich Freiheit messen lässt und wie sich die Bedingungen von Freiheit in verschiedenen staatlichen Systemen miteinander vergleichen lassen.

1 http://oll.libertyfund.org/?option=com_content&task=view&id=389&Itemid=250

Zahlreiche Institutionen und Think Tanks aus der ganzen Welt haben bereits Versuche unternommen geeignete Instrumente zur Messung von Freiheit in verschiedenen Staaten zu entwickeln. Verschiedenste Ansätze sind dabei entworfen worden, jedoch konzentrieren sich fast alle vorhandenen Messgrößen und Instrumente auf einzelne Aspekte von Freiheit, anstatt sämtliche Aspekte zu einem umfassenden Freiheitsbegriff zusammenzufassen. Der „Economic Freedom of the World Report“ des *Fraser Instituts* konzentriert sich beispielsweise in erster Linie auf wirtschaftliche Freiheiten. Der Index zur Pressefreiheit der Organisation *Reporter ohne Grenzen* betrachtet nur die Freiheit der Medienlandschaft. Der Bertelsmann Transformationsindex bewertet sowohl politische als auch wirtschaftliche Freiheiten, hier fehlt es jedoch an einem ausgesprochenen liberalen Ansatz.

Aus diesen Überlegungen heraus ist das Freiheitsbarometer Asien der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit entstanden. Es ist Versuch alle Aspekte von Freiheit in einer quantifizierbaren Größe zusammenzufassen. Das Freiheitsbarometer Asien wurde kürzlich zum zweiten Mal publiziert. Daten und Indizes oben genannter Institutionen wurden so kombiniert und ergänzt, dass sie unserer liberalen Vorstellung von Freiheit entsprechen. Die verwendeten Indikatoren beinhalten politische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Aspekte. Aspekte von denen wir glauben, dass sie grundlegende Voraussetzungen für echte freiheitliche Staaten sind.

Wir hoffen, dass das Freiheitsbarometer Asien 2010 in der Lage ist, ihnen die Komplexität des Begriffes der Freiheit in der asiatischen Region näherzubringen und die Basis für zukünftige Diskussionen und Forschungen legen wird.

Überblick – Länderranking (Länder mit vollständigen Datensätzen)

Land	China	Vietnam	Thailand	Philippinen	Malaysia	Indonesien	Mongolei	Singapur	Südkorea	Taiwan	Japan
Komponenten & Variablen											
Politische Freiheit											
1. Freie und faire Wahlen	0,36	0,36	2,86	5,36	5,00	8,57	8,93	3,57	9,29	9,29	9,64
2. Abwesenheit verfassungswidriger Vetoakteure	0,83	0,83	3,33	5,00	5,00	5,00	8,33	5,83	8,33	8,33	8,33
3. Pressefreiheit	1,65	1,93	5,70	6,27	5,67	7,25	7,77	5,60	8,53	8,59	9,77
Ø	≈0,95	1,04	≈3,96	≈5,54	≈5,22	6,94	≈8,34	5,00	≈8,72	≈8,74	≈9,25
Rechtsstaatlichkeit											
1. Unabhängigkeit der Justiz	4,91	4,64	5,33	3,56	5,34	4,72	2,56	7,99	5,13	6,02	7,49
2. Grad der Korruption	3,60	2,70	3,40	2,40	4,50	2,80	2,70	9,20	5,50	5,60	7,70
3. Schutz der Menschenrechte	2,29	4,02	2,29	4,02	1,72	5,28	5,28	4,71	7,70	7,58	8,85
Ø	3,60	≈3,79	≈3,67	≈3,99	≈3,85	≈4,27	≈3,52	7,30	6,11	6,40	≈8,01
Wirtschaftliche Freiheit											
1. Sicherung von Eigentumsrechten	6,38	6,01	5,94	4,64	6,24	4,44	5,71	8,38	6,76	6,69	7,49
2. Umfang der Regierungstätigkeit (Ausgabenpolitik, Steuern und staatl. Unternehmen)	3,28	6,27	7,42	7,98	5,95	7,11	7,71	8,17	6,61	6,96	6,18
3. Kredit-, Arbeits- und Firmenbestimmungen	5,93	6,34	7,39	6,66	7,52	6,31	7,37	8,72	6,65	6,96	7,34
4. Grad der Offenheit des (internationalen) Freihandels	7,38	6,87	7,57	6,70	7,26	7,04	7,16	9,34	7,13	7,57	6,10
Ø	≈5,74	≈6,37	7,08	≈6,50	≈6,74	≈6,23	≈6,99	≈8,65	≈6,79	≈7,05	≈6,78
Gesamtwertung	36,61	39,97	51,23	52,59	54,20	58,52	63,52	71,51	71,63	73,59	78,89

Überblick – Länderranking (Länder mit unvollständigen Datensätzen)

Land	Nord- korea	Laos	Myanmar	Brunei	Kambod- scha
Komponenten & Variablen					
Politische Freiheit					
1. Freie und faire Wahlen	0,00	0,30	0,00	0,00	2,86
2. Abwesenheit verfassungswidriger Vetoakteuren	0,00	0,00	0,00	1,80	2,50
3. Pressefreiheit	0,00	0,90	0,00	3,75	6,58
Ø	0,00	0,40	0,00	1,85	3,98
Rechtsstaatlichkeit					
1. Unabhängigkeit der Justiz	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2. Grad der Korruption	k.A.	2,00	1,40	5,50	2,00
3. Schutz der Menschenrechte	0,00	1,72	0,00	5,17	4,13
Ø	–	–	–	–	–
Wirtschaftliche Freiheit					
1. Sicherung von Eigentumsrechten	k.A.	k.A.	3,19	k.A.	k.A.
2. Umfang der Regierungstätigkeit (Ausgabenpolitik, Steuern und staatl. Unternehmen)	k.A.	k.A.	6,33	k.A.	k.A.
3. Kredit-, Arbeits- und Firmenbestimmungen	k.A.	k.A.	3,24	k.A.	k.A.
4. Grad der Offenheit des (internationalen) Freihandels	k.A.	k.A.	0,73	k.A.	k.A.
Ø	–	–	≈3,37	–	–
Total	0,00	4,92	14,89	16,22	18,07

I. Einführung in die Ausgabe 2010

Seit der Publikation der ersten Ausgabe des Freiheitsbarometers Asien hat das Projekt zahlreiche Neuerungen erfahren. Zunächst ist diese Ausgabe 2010 gegenüber der vorigen deutlich umfangreicher an Informationen. Zudem haben wir ein neues Land - die Mongolei - in unser Ranking mit aufgenommen. Die Länderkapitel geben nun detaillierte Analysen zum Level der Freiheit für jedes Land. Um das Freiheitsbarometer Asien leserfreundlicher zu gestalten, haben wir das Design überarbeitet. Die Publikation wird im Internet zum Download bereitgestellt, wo sich ihnen die Möglichkeit bietet, entweder die volle Publikation oder nur einzelne Länderkapitel herunterzuladen. In einem nächsten Schritt soll für das Freiheitsbarometer Asien eine eigene Internetseite kreiert werden, um die Handhabung des Indizes noch übersichtlicher und interaktiver zu gestalten. So soll hier die Möglichkeit geschaffen werden verschiedenen Staaten direkt miteinander vergleichen zu können, Veränderungen des Levels an Freiheit über die Jahre zu verfolgen und politische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Entwicklungen in den einzelnen Staaten zu verdeutlichen.

An der grundlegenden Konzeption des Freiheitsbarometers hat sich jedoch nichts geändert. Das Projekt entstand aus dem Wunsch heraus, Freiheit in Asien von einem explizit liberalen Standpunkt zu untersuchen.

Da wie das Freiheitsbarometer Asien stetig ausweiten und verbessern wollen, sind Anregungen und Kritik ganz besonders wichtig für unsere Arbeit. Wir freuen uns daher über jegliche Art von Verbesserungsvorschlägen. Nicht zuletzt möchten wir allen beteiligten Autoren für ihre Beiträge zum Freiheitsbarometer Asien danken und wünschen dem Leser der Publikation spannende Einsichten zum Thema Freiheit in Asien.

II. Das Konzept

Das Freiheitsbarometer Asien ist ein Projekt des Regionalbüros Ost- und Südostasien der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit mit Sitz in Bangkok/ Thailand.

Wie bereits erwähnt ist das Freiheitsbarometer Asien keine komplett neue Schöpfung, sondern vielmehr eine Zusammenstellung bestehender Messgrößen, ergänzt um Aspekte, die ein liberales Bild von Freiheit abbilden. Im Zentrum der Untersuchungen stehen dabei die drei Variablen politische Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Freiheit.

Der Grad an „**politischer Freiheit**“ in einem Staat wird untersucht anhand der Kriterien:

- freier und fairer Wahlen
- An- bzw. Abwesenheit verfassungswidriger Vetoakteure (z.B. Militär) im Prozess der Politikformulierung.
- Pressefreiheit

Freie und faire Wahlen sind die Basis jeglicher demokratischer Entwicklung. Das Internationale Institut für Demokratie und Wahlbegleitung (IDEA) betont die Bedeutung dieses Aspekts folgendermaßen:

„Wahlprozesse spielen eine zentrale Rolle in Demokratien. Der Wahlprozess ist nicht etwa ein einzeln zu betrachtendes Ereignis, sondern Teil eines übergeordneten politischen Gesamtprozesses“.

Die Kategorie der „verfassungswidrigen Vetoakteure“ wurde in das Freiheitsbarometer aufgenommen, da besonders in der asiatischen Region instabile Demokratieformen das Politikgeschehen charakterisieren und Vetoakteure, wie beispielsweise das Militär, politisch Position beziehen. In stabilen Demokratien sollte so die Regierungsführung einzig und allein von gewählten Regierungsvertretern übernommen werden.

Die Pressefreiheit ist das dritte betrachtete Kriterium der Kategorie der politischen Freiheit.

Artikel 19 der Deklaration der universalen Menschenrechte besagt:

„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Da Pressefreiheit eine der Grundvoraussetzungen für freie und faire Wahlen ist und in seiner Eigenschaft hoch politisch, haben wir die Pressefreiheit als dritte Komponente der politischen Freiheit ins Freiheitsbarometer Asien aufgenommen.

Die Komponente „**Rechtsstaatlichkeit**“ setzt sich aus folgenden Variablen zusammen

- Unabhängigkeit der Justiz

- Ausmaß an Korruption
- Schutz der Menschenrechte

Die Wichtigkeit einer unabhängigen Justiz ist ein wesentliches freiheitliches Element. Die Deklaration der universalen Menschenrechte (Art. 7.) der Vereinten Nationen besagt:

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.“

Da unabhängige Gerichte und ein System von „checks and balances“ in gegenseitiger Wechselbeziehung stehen, haben wir diese beiden Elemente von Freiheit zu einer Variable zusammengefasst. Ohne unabhängige Gerichte oder andere rechtsstaatliche Einrichtungen ist eine echte Gewaltenteilung nicht möglich.

Das Thema Korruption wurde in das Freiheitsbarometer Asien aufgenommen, da Korruption im Widerspruch mit Rechtsstaatlichkeit und gleichwertiger Behandlung aller Menschen in einem Staat steht. Eine hohe Korruptionsrate stellt die Integrität der Justiz in einem Land erheblich in Frage. Beide Faktoren sind daher eng miteinander verknüpft.

Der Schutz der Menschenrechte ist eines der wohl fundamentalsten Elemente von Freiheit. Der Menschenrechtsschutz wurde in die Komponente Rechtsstaatlichkeit integriert, da ohne eine gesicherte Rechtsverbindlichkeit ein Schutz der Menschenrechte nahezu unmöglich ist.

Die Verknüpfung zwischen einem hohen Maß an wirtschaftlicher Freiheit und einer funktionierenden Demokratie ist ein weithin akzeptierter Fakt. Dies ist einer der wesentlichen Resultate des „Economic Freedom of the World Report“ des *Fraser Instituts* und Anlass diesen als Datenquelle für unser Freiheitsbarometer Asien zu verwenden. Von den fünf vom *Fraser Institut* verwendeten Indikatoren haben wir nur vier verwendet, da der Punkt „access to sound money“ unserer Auffassung nach wenig Einfluss auf die Qualität einer Demokratie hat. Die vier von uns verwendeten Indikatoren im ökonomischen Bereich sind:

- Sicherung von Eigentumsrechten
- Umfang der Regierungstätigkeiten (Ausgabenpolitik, Steuern und staatliche Unternehmen)
- Kredit-, Arbeits- und Firmenbestimmungen
- Grad an Offenheit des internationalen Freihandels

III. Komponenten und Variablen

Politische Freiheit

Der Indikator „freie und faire Wahlen“ setzt sich aus folgenden Fragestellungen zusammen: „Gibt es klare gesetzliche Regelungen zum Wahlprozess? Gibt es ein garantiertes aktives und passives Wahlrecht? Besteht die Möglichkeit zur Gründung politischer Parteien? Ist der eigentliche Wahlprozess frei von staatlicher Einmischung? Gibt es einen rechtlichen Rahmen im Falle eines Regierungswechsels?“

Die Komponente „An- bzw. Abwesenheit verfassungswidriger Vetoakteure“ setzt sich aus folgenden Überlegungen zusammen: „Gibt es nicht gewählte Akteure, die Einfluss auf die politische Elite des Landes ausüben? Gibt es nicht gewählte Akteure mit politischem Vetorecht? Wie häufig treten Putschversuche auf? Steht das Militär unter ziviler Kontrolle?“ Die Hauptquelle der Daten zur Komponente „freie und faire Wahlen“ ist der „Freedom House Report“.

Bezüglich der „Pressefreiheit“ sind folgende Fragen entscheidend: „Wie ist die Gesetzeslage zur Pressefreiheit? Sind freie Meinungsäußerung und Meinungspluralität gegeben?“ Zudem wird betrachtet, ob Journalisten ohne Angst vor Verfolgung oder Bestrafungen ihrer Arbeit nachgehen können. Die Hauptquelle für diesen Indikator ist der Index zur Pressefreiheit der Organisation *Reporter ohne Grenzen*.

Rechtsstaatlichkeit

Die „Unabhängigkeit der Justiz“ ist einer der wesentlichen Determinanten für die Komponente der Rechtsstaatlichkeit. In einem freien System werden alle Bürger vor dem Gesetz gleich behandelt. Richter müssen unabhängig von jeglichen politischen oder finanziellen Einflüssen handeln. Die Rechtsstaatlichkeit eines politischen Systems lässt sich weiterhin anhand der Gewaltenteilung bzw. Gewaltenschränkung ablesen. Unstimmigkeiten zwischen Regierungsinstitutionen müssen nach festgelegten rechtlichen Regeln geklärt werden. Die Dominanz einer Institution über eine andere widerstrebt dem Prinzip der Gleichheit und bietet einen Nährboden für korrupte, politische Praktiken. Die im Freiheitsbarometer Asien verwendete Hauptquelle ist der „Freedom House Report“.

Das Ausmaß an „Korruption“ und korrupten politischen Praktiken ist ein wesentliches Kriterium zur Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in einem System. Die im Freiheitsbarometer Asien verwendeten Daten zur Korruption entstammen hauptsächlich dem Korruptionswahrnehmungsindex von *Transparency International*.

Das dritte Kriterium im Bereich der Rechtsstaatlichkeit ist die Umsetzung und Einhaltung der grundlegenden Prinzipien der „Menschenrechte“. Folgende Fragen werden dazu gestellt: „Wie ist die Rechtslage in diesem Bereich? Werden Menschen aufgrund ihrer ethnischen und/oder linguistischen Herkunft, ihrer Religion, Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer politischen Überzeugung oder ihres sozialen Status diskriminiert oder verfolgt? Wird die Einhaltung der Menschenrechte staatlich überwacht? Werden Menschen zur Arbeit gezwungen? Wird im betrachteten Land die Todesstrafe vollstreckt?“

Wirtschaftliche Freiheit

Die Dimension der wirtschaftlichen Freiheit ist ein wichtiger Stützpfiler einer jeden Demokratie. Die im Freiheitsbarometer Asien verwendeten Daten stammen unverändert aus dem „Economic Freedom of the World Report“ des *Fraser Instituts*. Vier Variablen wurden verwendet. Diese sind:

Die „Sicherung von Eigentumsrechten“ ist einer der Kernelemente ökonomischer Freiheit. Unter diesem Oberthema werden verschiedene Unterkategorien betrachtet. Diese sind: juristische Unabhängigkeit, unparteiische Gerichte, der Schutz von Eigentumsrechten und der Rechtsrahmen zum Abschluss von Verträgen.

Der Indikator „Umfang der Regierungstätigkeiten“ bezieht auf den Umfang der Staatsausgaben und –einnahmen und der Steuern, auf Kreditvergabe und Kreditnahme sowie staatliches Unternehmertum. Dies beinhaltet den Umfang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, welche sich aus privatem Konsum, Investitionstätigkeit sowie dem Im- und Exportvolumen zusammensetzt. Weiterhin wird der Grad an staatlicher Beteiligung am Wirtschaftsgeschehen betrachtet. Nach liberalen Prinzipien der Freiheit soll diese möglichst gering ausfallen.

Die Regulationen zu Kreditvergabe, Arbeitsmarkt und Unternehmertum bilden den dritten Indikator der wirtschaftlichen Freiheit. Bestimmungen zu Krediten beeinflussen die Besitzverhältnisse im Bankensektor, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Banken und den Umfang von Krediten im privaten Sektor. Arbeitsmarktbestimmungen entscheiden über die Festlegung von Mindestlöhnen, Regulationen zu Arbeitsaufnahme und Kündigungen, Lohnnebenkosten sowie Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall.

Die Regulationen zum Unternehmertum in einem Staat beinhalten neben administrativen Erfordernissen in diesem Bereich die Kosten zur Aufnahme eines Geschäfts, das Level an wirtschaftlicher Korruption, Lizenzbestimmungen sowie Daten zur Einhaltung der Steuerpflicht.

Der letzte Indikator im Bereich der wirtschaftlichen Freiheit – Offenheit des „internationalen Freihandels“- umfasst die Steuern auf internationale Handelstätigkeiten, Handelsbeschränkungen, Wechselkurse auf dem Schwarzmarkt und internationale Kapitalmarktkontrollen.

IV. Länderkapitel

Das Freiheitsbarometer Asien 2010 bewertet folgende Staaten in Ost- und Südostasien hinsichtlich ihres Levels an Freiheit. Im Index 2010 sind komplette Datensätze für folgende Staaten verfügbar, auf die im weiteren Verlauf näher eingegangen wird:

Platz	Land	Gesamtpunktzahl
1	Japan	78,89
2	Taiwan	73,59
3	Südkorea	71,63
4	Singapur	71,51
5	Mongolei	63,52
6	Indonesien	58,52
7	Malaysia	54,20
8	Philippinen	52,59
9	Thailand	51,23
10	Vietnam	39,97
11	China	36,61

Für Kambodscha, Brunei, Myanmar, Laos und Nordkorea sind aufgrund des Mangels an verlässlichen Datenquellen und/oder politischer Restriktionen nur unvollständige Datensätze verfügbar. In die englische Version des kompletten Reports wurden diese fünf Länder dennoch mit aufgenommen. Hier werden jedoch nur die elf Staaten mit kompletten Datensätzen aufgeführt.

Japan

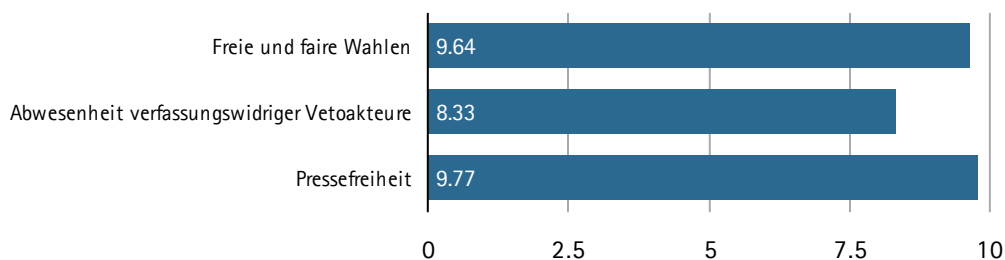
Gesamtbewertung 78,89

Kurzinformationen

<i>Bevölkerung:</i> 126.8 Mio.	<i>BIP:</i> USD 4.338 Mrd.	<i>Erwerbslosenrate:</i> 5,2%
<i>Bevölkerungswachstum:</i> -0,24%	<i>Wachstumsrate:</i> 3%	<i>Menschen unterhalb der Armutsgrenze:</i> k.A.
<i>Erwerbspersonen:</i> 65.64 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 34 200	<i>HDI:</i> 0,885
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 4% Industrie 28% Dienstleistung 68%	<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 1,5% Industrie 22,8% Dienstleistung 75,7%	<i>HDI Rang:</i> 11 (von 182)

Quelle CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2010

A. Politische Freiheit



Die Wahlen in Japan verlaufen in der Regel nach freien und fairen Prinzipien. Das Parlament setzt sich aus zwei Kammern zusammen, die in getrennten Wahlgängen gewählt werden. Das Repräsentantenhaus (auch Unterhaus oder japanisch „Shūgiin“) hat 480 Mitglieder und wird für eine vierjährige Amtsperiode gewählt. Die Mitglieder des Oberhauses, japanisch „Sangiin“, werden für jeweils eine sechsjährige Amtsperiode gewählt. Auch wenn der politische Pluralismus und die Bürgerbeteiligung durch den rechtlichen Rahmen gewährleistet wird, war die Liberale Partei Japans (LDP) für 55 Jahre an der Spitze der Regierung, bis sie im Jahr 2009 von der Demokratischen Partei Japans (DPJ) abgelöst wurde. Das staatsbürgerliche Bewusstsein ist in Japan recht stark ausgeprägt und es existiert eine Vielzahl an Organisationen, die sich für die Anliegen in den Bereichen Menschenrechtsschutz, soziale Wohlfahrtssysteme, Umweltschutz etc. engagieren. Sowohl das Recht auf Versammlungsfreiheit als auch das Recht auf freie Meinungsäußerung

Freie und faire Wahlen

sind in nationalem und internationalem Gesetz verankert und können uneingeschränkt praktiziert werden.

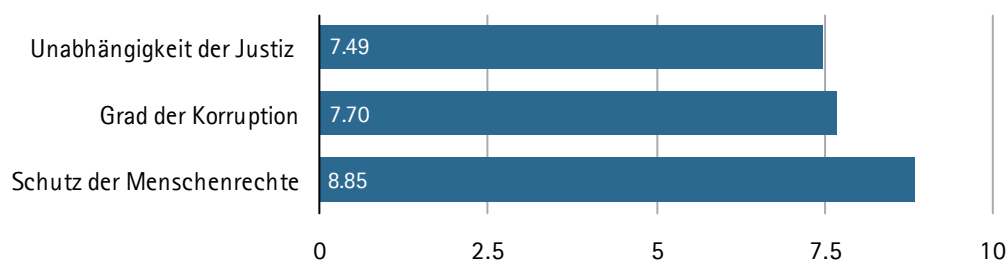
In Japans politischem System gib es keine nennenswerten verfassungswidrigen Vetoakteure. Alle potentiellen Vetoakteure- wie das Militär oder einflussreiche Kräfte aus der Wirtschaft – stehen unter ziviler Kontrolle. Die Stabilität und politische Integrität des japanischen Politiksystems sind daher keiner Gefährdung durch externe Akteure ausgesetzt.

*Abwesenheit
verfassungswidriger
Vetoakteure*

Die Presselandschaft Japans ist frei und uneingeschränkt. Die meisten Printmedien und Fernsehsender sind in privater Hand. Eine Ausnahme bilden die *kisha kurabu* genannten Presseclubs Japans. Um eine homogene Berichterstattung zu erzielen, fördern diese Presseclubs Interaktionen zwischen Politikern, Bürokraten und Medienrepräsentanten. Im Austausch für den direkten Zugang zur politischen Ebene, praktizieren viele Journalisten Selbstzensur in ihrer politischen Berichterstattung. Diese Praxis beeinträchtigt die Transparenz und Glaubwürdigkeit politischer Akteure. Die Nutzung des Internets ist jedoch frei und uneingeschränkt möglich. Im Index zur Pressefreiheit der Organisation *Reporter ohne Grenzen* erzielt Japan Position 17 unter insgesamt 175 bewerteten Staaten.

Pressefreiheit

B. Rechtsstaatlichkeit



Die Justiz Japans agiert unabhängig von äußeren Zwängen und ist hierarchisch in mehrere Ebenen gegliedert.

*Unabhängigkeit
der Justiz*

Das auch unter dem Begriff „Eisernes Dreieck“ bekannte Gespann aus der Liberalen Partei Japans (LDP), der Bürokratie und des Unternehmertums wurde immer wieder als Brutstätte für Korruption und Vetternwirtschaft kritisiert. Der ehemalige Premierminister Junichiro Koizumi hat sich kontinuierlich um ein

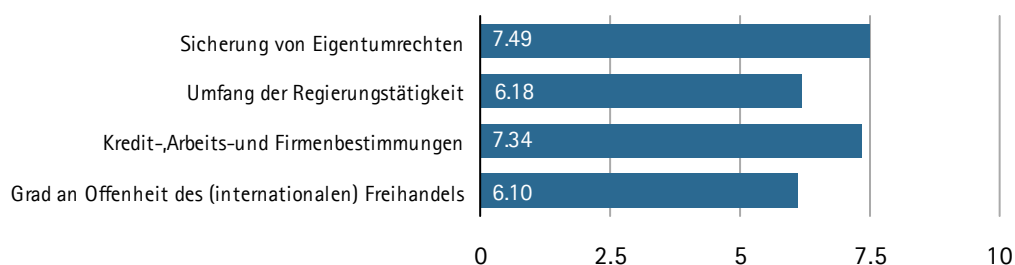
Korruption

Aufbrechen der engen Verbindungen zwischen Politik und Unternehmertum bemüht, allerdings nur mit begrenztem Erfolg. Japan ist auch Unterzeichner der UN-Konvention zur Bekämpfung von Korruption, hat dieses Bekenntnis jedoch bislang nicht in ein nationales Recht umgesetzt. Im Korruptionswahrnehmungsindex von *Transparency International* belegt Japan Platz 17 unter insgesamt 180 Staaten.

Die Menschenrechte sind geschützt. Japan ist Unterzeichner aller wichtigen UN-Konventionen in diesem Bereich. Aus unserer liberalen Perspektive gibt es jedoch ein wesentliches Manko in Japan: die Todesstrafe wurde bislang nicht abgeschafft. Japan stimmte sogar gegen eine UN-Resolution für eine globale Abschaffung der Menschenrechte. Im Jahr 2008 wurde in Japan 15 Mal die Todesstrafe verhängt und ausgeführt, die höchste Rate an Exekutionen seit 1975. Nach Berichten von *Amnesty International* (AI) entsprechen die Haftbedingungen in Japans Gefängnissen nicht den internationalen Standards. So haben zahlreiche Gefangene einen nur unzureichenden Zugang zu medizinischer Versorgung. Zudem bemängelt AI, dass Gefangene in Untersuchungshaft der Zugang zu Rechtsanwälten nicht immer ermöglicht wird. Trotz allem ist die Menschenrechtslage für Japan insgesamt als recht gut einzustufen, wie unserem Freiheitsbarometer Asien leicht entnommen werden kann.

Menschenrechte

C. Wirtschaftliche Freiheit



Eigentum – sowohl materieller als auch intellektueller Art – ist in Japan gut geschützt. Kritik lässt sich jedoch an den hohen Kosten für Patente und Urheberrechte äußern. Verträge, mündlich und schriftlich, haben in Japan eine hohe Bindungskraft.

Sicherung von Eigentumsrechten

Die Regierungsausgaben in Japan sind hoch (Konsumausgaben und Transferleistungen) entsprechen ca. 36

Umfang der Regierungstätigkeit

Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Diese Ausgaben werden angesichts der alternden Bevölkerung des Landes in Zukunft sicherlich noch steigen. Die Steuereinnahmen belaufen sich auf etwa 28 Prozent des BIP und setzen sich aus einer relativ hohen Einkommenssteuer (50 Prozent) einer Körperschaftssteuer (41 Prozent), einer Mehrwertsteuer, einer Ertragssteuer und einer Immobiliensteuer zusammen.

Die Aufnahme, Leitung und auch die Schließung von Unternehmen unterliegt verbindlichen Regelungen. Von der Beantragung bis zur Aufnahme eines Geschäftsvorhabens vergehen durchschnittlich 23 Tage, was noch deutlich unter dem globalen Schnitt von 35 Tagen liegt.

Die Arbeitsmarktregulierungen sind vergleichsweise flexibel. Die Lohnnebenkosten sind moderat und Kündigungsprozeduren unkompliziert. Die gesetzlichen Regelungen zur Arbeitszeit sind hingegen recht strikt.

Potentielle Restriktionen bezüglich des Freihandels sind Im- und Exportverbote für bestimmte Güter und eine ineffektive Zollverwaltung.

*Kredit-, Arbeits- und
Firmenbestimmungen*

Freihandel

Taiwan

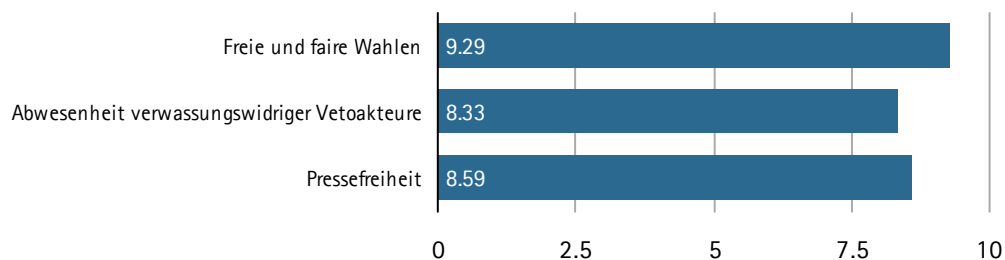
Gesamtbewertung: 73,59

Kurzinformationen

<i>Bevölkerung:</i> 23.02 Mio.	<i>BIP:</i> USD 807.2 Mrd.	<i>Erwerbslosenrate:</i> 5,2%
<i>Bevölkerungswachstum:</i> 0,21%	<i>Wachstumsrate:</i> 8,3%	<i>Menschen unterhalb der Armutsgrenze:</i> 1,08%
<i>Erwerbspersonen:</i> 11.03 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 35 100	<i>HDI:</i> k.A.
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 5,1% Industrie 36,8% Dienstleistung 58%	<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 1,4% Industrie 31,1% Dienstleistung 67,5%	<i>HDI Rang:</i> k.A.

Quelle: CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2010

A. Politische Freiheit



Die Wahlen in Taiwan sind in der Regel frei und fair. Die letzten Parlamentswahlen fanden ebenso wie die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2008 statt. Auch bei diesen Wahlen kam es zu einigen friedlichen Protestbewegungen in der Bevölkerung gegen einige, des Stimmenkaufs bezichtigten, Politiker.

Freie und faire Wahlen

Politische Partizipation und politischer Pluralismus sind in Taiwan grundsätzlich sichergestellt. Parteien in der Opposition können uneingeschränkt ihrer Arbeit nachgehen. Die Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle im politischen Prozess.

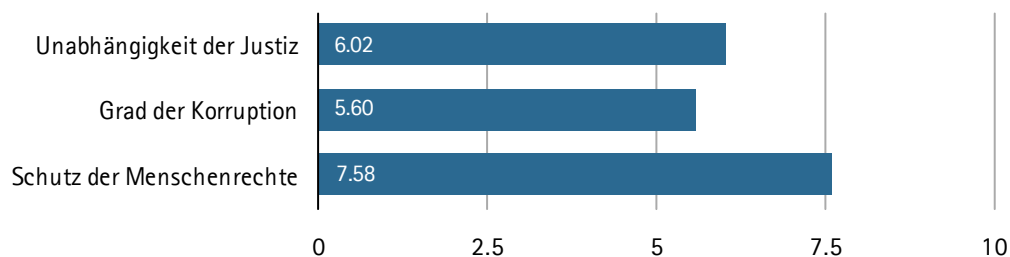
In Taiwan gibt es derzeit keine verfassungswidrigen Vetoakteure mit politischem Mandat. Während Taiwans Transformationsprozess zur Demokratie, wurden alle potentiellen Vetomächte eliminiert. Auch wenn es innerhalb der Politiklandschaft Taiwans oft Unstimmigkeiten bezüglich der Politikformulierung gibt, so findet das Politiksystem der marktbasierter Demokratie weite Zustimmung auf allen Ebenen.

Abwesenheit verfassungswidriger Vetoakteure

Die Presse- und Medienlandschaft Taiwans gestaltet sich relativ frei und unbeschränkt. Es herrscht weitgehende Meinungs- und Informationsfreiheit und auch regierungskritische Äußerungen werden toleriert. Der Zugang zum Internet ist frei verfügbar. Ausländische Journalisten können sich uneingeschränkt im Land bewegen und sind auch in ihrer Berichterstattung frei. Der Einfluss der Regierung auf die Medienlandschaft ist minimal.

Pressefreiheit

B. Rechtsstaatlichkeit



Die Unabhängigkeit der Justiz ist in Taiwan grundsätzlich gewährleistet. Gerichtsprozesse sind fair und frei von wirtschaftlicher oder politischer Einflussnahme.

*Unabhängigkeit
der Justiz*

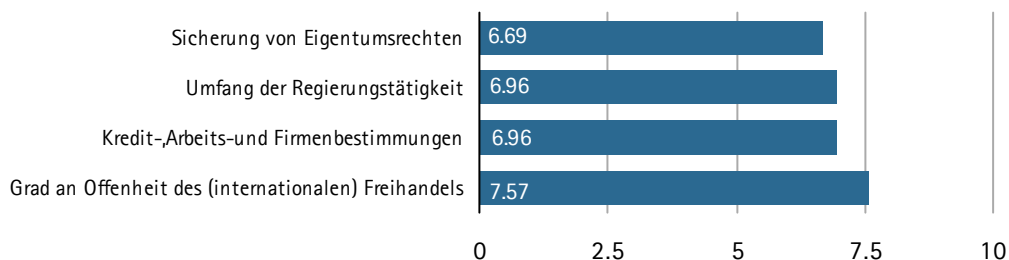
Taiwan kann als Land mit moderatem Korruptionslevel eingestuft werden, jedoch hat sich die Situation in den letzten Jahren zunehmend verbessert. Im Jahre 2009 hat die taiwanesisische Regierung zahlreiche Anti-Korruptionsgesetze erlassen. Einige wegen Korruption und Stimmenkaufs in die Schlagzeilen geratene Regierungsbeamte und Parlamentsmitglieder wurden aus dem Amt entlassen. Die Medien berichten konsequent über Korruptionsfälle und tragen so zur öffentlichen Sensibilisierung für dieses Thema bei.

Korruption

Die Menschenrechte werden in Taiwan generell geschützt und respektiert. Da Taiwan nicht offiziell als eigener Staat anerkannt ist, ist das Land auch nicht Mitglied in den bestehenden UN-Konventionen zum Menschenrechtsschutz. Trotzdem sind Menschenrechtsvergehen eher selten. *Amnesty International* bemängelte jedoch den ungenügenden Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt. Taiwan hat die Todesstrafe noch nicht abgeschafft und im Jahr 2009 wurden acht Menschen zum Tode verurteilt. Dennoch kam es seit 2005 zu keiner einzigen Vollstreckung.

Menschenrechte

C. Wirtschaftliche Freiheit



Die taiwanesischen Gesetzeslage bietet einen angemessenen Schutz von Eigentumsrechten. Verschiedene Gesetze zum Schutz intellektuellen Eigentums wurden verabschiedet. Dennoch ist der Verkauf gefälschter Medikamente, Luxusgüter und elektronischer Medien eher die Regel als die Ausnahme.

*Sicherung
von Eigentumsrechten*

Die Staatsausgaben sind mit 17,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gering. Durch kürzlich vorgenommene Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen ist der Einfluss des Staates auf Taiwans Ökonomie zurückgegangen. Die Einkommensteuer ist mit 40 Prozent relativ hoch, die Körperschaftssteuer mit 25 Prozent des BIP dagegen moderat.

*Umfang der
Regierungstätigkeit*

Taiwans Finanzsektor ist modern und wettbewerbsfähig. Ausländische Investoren können ungestört agieren. Der Bankensektor ist staatlich dominiert, während ausländische Banken eine vergleichsweise geringe Rolle spielen.

*Kredit-, Arbeits- und
Firmenbestimmungen*

Die Aufnahme, Unterhaltung und Aufgabe von Geschäftstätigkeiten ist durch den rechtlichen Rahmen gut abgesichert. Von der Beantragung bis zur Aufnahme eines Geschäftsvorhabens vergehen durchschnittlich 23 Tage, was noch unter dem globalen Schnitt von 35 Tagen liegt.

Die Erwerbsregulierungen in Taiwan sind ziemlich unflexibel. Wenn auch die Lohnnebenkosten gering sind, so ist die Kündigung eines Arbeitnehmers ziemlich kompliziert und auch kostenintensiv. Auch die Arbeitszeiten sind in Taiwan strikt reglementiert und unflexibel.

Mit Ausnahme des Handels mit China, greift der Staat nur minimal in das Außenhandelsgeschehen ein. Im Falle Chinas wird versucht, die Abhängigkeit vom Festland möglichst gering zu halten.

Freihandel

Südkorea

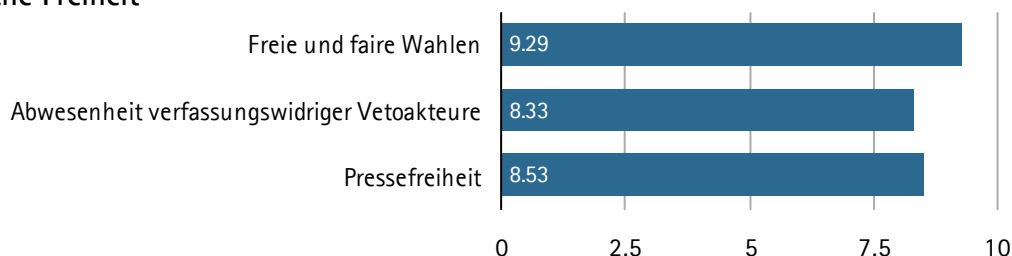
Gesamtbewertung: 71,63

Kurzinformationen

<i>Bevölkerung:</i> 48.63 Mio.	<i>BIP:</i> USD 1.467 Mrd.	<i>Erwerbslosenrate:</i> 3,7%
<i>Bevölkerungswachstum:</i> 0,26%	<i>Wachstumsrate:</i> 6,1%	<i>Menschen unterhalb der Armutsgrenze:</i> k.A.
<i>Erwerbspersonen:</i> 24.62 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 30 200	<i>HDI:</i> 0,877
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 7,3% Industrie 24,3% Dienstleistung 68,4%	<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 3% Industrie 39,4% Dienstleistung 57,6%	<i>HDI Rang:</i> 12 (von 169)

Quelle: CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2010

A. Politische Freiheit



Die Wahlen in Südkorea verlaufen in der Regel nach freien und fairen Prinzipien. Die Aufstellung zur Wahl gestaltet sich für die kandidierenden Parteien als recht kostenintensiv. Der Präsident wird auf fünf Jahre gewählt und kann nur eine einzige Amtszeit kandidieren. Die Mitglieder der Nationalversammlung werden für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Eine weit reichende politische Partizipation und politischer Pluralismus sind durch eine Vielzahl von Parteien und aktiven Nichtregierungsorganisationen (NROs) sichergestellt.

Freie und faire Wahlen

In Südkorea gibt es keine verfassungswidrigen Vetomächte mit politischem Mandat. Eine zivile Überwachung der Aktivitäten des Militärs konnte erfolgreich etabliert werden. Dennoch sind die Aktivitäten der Regierung recht undurchsichtig, was sicherlich nicht zuletzt auf die im Lande weit verbreitete Korruption zurückzuführen ist.

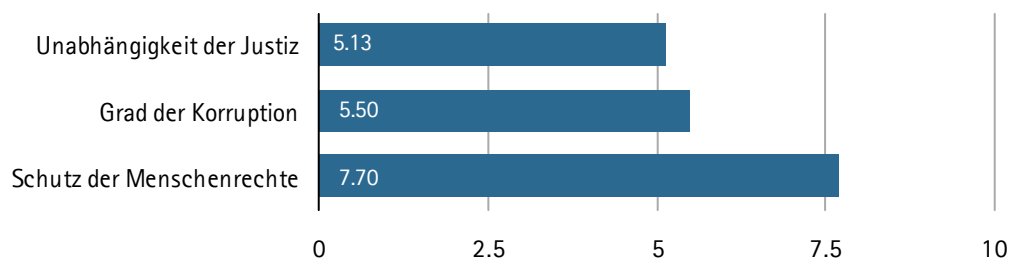
*Abwesenheit
verfassungswidriger
Vetoakteure*

Die Medien können in Südkorea weitgehend frei und uneingeschränkt agieren. Es gibt mehrere private Tageszeitungen. Jedoch gibt es ein nationales Gesetz das rechtliche Konsequenzen für kritische Äußerungen

Pressefreiheit

zur Legitimität des südkoreanischen Staates androht. Dies führt unter vielen Medienvertretern zur Selbstzensur aus Angst vor Strafverfolgung. Insgesamt ist die Presselandschaft Südkoreas freier als in den meisten anderen Ländern der Region. Im Index 2009 von *Reporter ohne Grenzen* nimmt Südkorea Platz 69 unter 175 bewerteten Staaten ein.

B. Rechtsstaatlichkeit



Die Justiz in Südkorea agiert zwar mehr oder weniger frei, jedoch werden immer wieder Fälle von versuchter Einflussnahme politischer Akteure auf die Rechtsprechung bekannt. Politiker in der Regierungsopposition werden nicht selten langwierigen gerichtlichen Anhörungen ausgesetzt und somit eingeschüchtert.

*Unabhängigkeit
der Justiz*

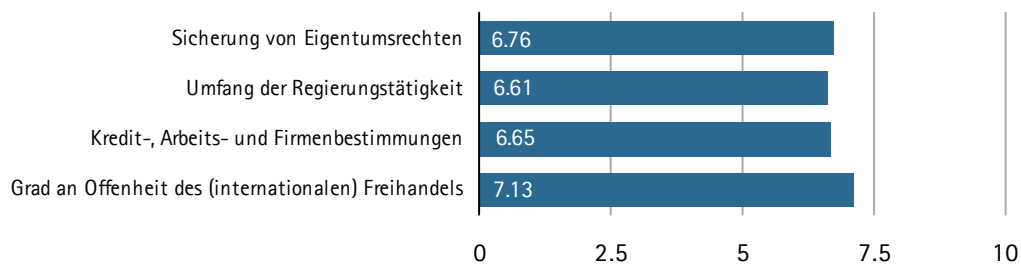
Die südkoreanische Regierung hat im Jahr 2001 ein Anti-Korruptionsgesetz erlassen, gefolgt von einem generellen Handlungsleitfaden für Regierungsvertreter im Jahr 2003. Zusätzlich wurde eine unabhängige Kommission zur Untersuchung von Korruptionsfällen ins Leben gerufen. Dennoch ist die Bestechlichkeit von Regierungsbeamten ein weit verbreitetes Problem im Land.

Korruption

Die Menschenrechtslage in Südkorea ist insgesamt zufriedenstellend. Jedoch gibt es immer wieder Berichte über nicht gesetzmäßige und unfaire Verurteilungen. Die Todesstrafe wurde zwar offiziell nicht abgeschafft, Vollstreckungen finden jedoch nicht mehr statt.

Menschenrechte

C. Wirtschaftliche Freiheit



Privatbesitz ist durch koreanisches Recht gut geschützt und Zwangsenteignungen von Besitz kommen daher quasi nicht vor. Die Gerichtsprozesse in Vertragsangelegenheiten sind jedoch oft langsam und langwierig. Im Hinblick auf den Schutz von geistigem Eigentum ist die Gesetzeslage defizitär. Produktpiraterie ist in Südkorea eine weit verbreitete Praxis.

*Sicherung
von Eigentumsrechten*

Die Staatsausgaben sind mit 29 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) moderat.

*Umfang der
Regierungstätigkeit*

Südkorea hat mit 38,5 Prozent des BIP eine relativ hohe Einkommenssteuer und auch die Körperschaftsteuer ist mit 22 Prozent ziemlich hoch. Die Staatseinnahmen aus Steuern liegen bei 28,7 Prozent des BIP.

Südkoreas Finanzsektor befindet sich aktuell in einem Reformprozess, was eine erhöhte Transparenz und Effizienz und damit eine verstärkte Wettbewerbsfähigkeit zum Ziel haben soll.

*Kredit-, Arbeits- und
Firmenbestimmungen*

Die nationale Gesetzgebung bezüglich der Aufnahme, Unterhaltung und Schließung von Geschäftsvorhaben ist zufriedenstellend. Von der Anmeldung bis zur Geschäftsaufnahme vergehen in der Regel 14 Tage. Die offiziellen Prozeduren zum Erwerb einer Geschäftslizenz und die Aufgabe eines Unternehmens sind relativ unkompliziert.

Die Arbeitsmarktregulierungen sind sehr unflexibel. Die Lohnnebenkosten sind zwar moderat, aber die Kündigungsbestimmungen sind ebenso wie die Regelungen zur Arbeitszeit äußerst starr und kompliziert.

Auf dem Weg zur weiteren Liberalisierung des Handels hat Südkorea Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Chile, Singapur und ASEAN geführt. Ver-

Freihandel

handlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, der Europäischen Union und Peru sind in der Vorbereitung. Hemmnisse im Freihandel bestehen in Form von Im- und Exportbeschränkungen für bestimmte Waren und Güter, komplizierten bürokratischen Prozessen und der staatlichen Kontrolle über den Handel mit bestimmten Gütern.

Singapur

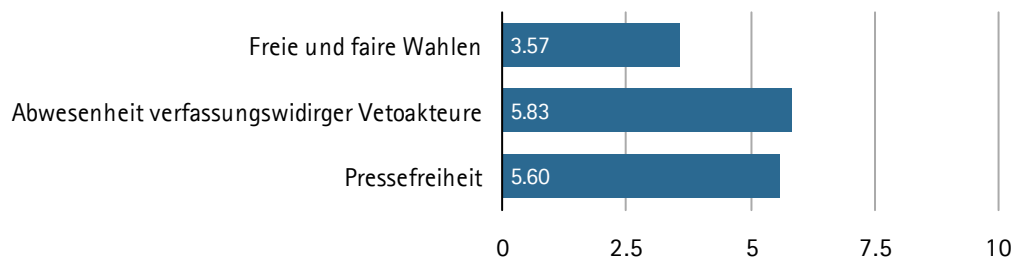
Gesamtbewertung 71,51

Kurzinformationen

<i>Bevölkerung:</i> 4.7 Mio.	<i>BIP:</i> USD 292.2 Mrd.	<i>Erwerbslosenrate:</i> 2,3%
<i>Bevölkerungswachstum:</i> 0,86%	<i>Wachstumsrate:</i> 14,6%	<i>Menschen unterhalb der Armutsgrenze:</i> k.A.
<i>Erwerbspersonen:</i> 3.09 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 62 200	<i>HDI:</i> 0,849
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 0% Industrie 23,8% Dienstleistung 76,2%	<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 0% Industrie 27,2% Dienstleistung 72,8%	<i>HDI Rang:</i> 27 (von 169)

Quelle: CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2010

A. Politische Freiheit



Alle fünf Jahre werden in Singapur Wahlen abgehalten. Die Stimmenabgabe ist verpflichtend. Diejenigen, die nicht an der Stimmenabgabe teilnehmen, werden aus dem Wahlregister gelöscht und somit von zukünftigen Wahlen ausgeschlossen – es sei denn, sie weisen einen akzeptablen Grund für ihr Fernbleiben auf und zahlen eine Gebühr. Die letzten Wahlen im Jahr 2006 gewann die regierende *People's Action Party* (PAP), sie erhielt 82 von 84 Sitzen. Bisher existiert keine unabhängige Behörde, die als Wahlbeobachter tätig ist. Politischer Pluralismus ist praktisch nicht vorhanden, trotz offizieller Förderung von Seiten der Regierung. Häufig kommt es zu Einschüchterungen der Opposition und zu Einschränkungen im Hinblick auf politische Partizipation.

Freie und faire Wahlen

Im politischen System von Singapur gibt es keine verfassungswidrigen Vetoakteure. Die Politik des Landes wird vollständig von der Regierung kontrolliert. Dies bedeutet auch, dass politische Oppositionsparteien praktisch keinen Handlungsspielraum besitzen: Reformatoren, die sich zu potenziellen Vetoakteuren entwickeln könnten, werden als Regimekritiker

*Abwesenheit
verfassungswidriger
Vetoakteure*

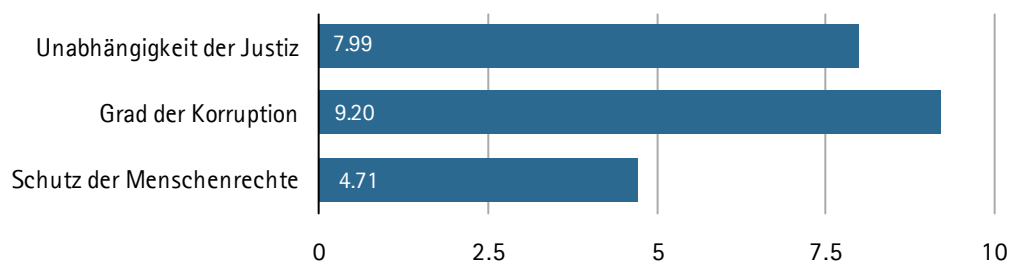
angeprangert und können jederzeit von der Regierung zum Schweigen gebracht werden.

Die nationale Presse in Singapur wird von der *Singapore Press Holding* (SPH), die effektive Selbstzensur praktiziert, kontrolliert. In mehreren Fällen mussten sich ausländische Zeitungen Gerichtsprozessen stellen, wurden zu Geldstrafen gezwungen und ihre Auflagen wurden eingeschränkt.

Pressefreiheit

Politische Filme oder Dokumentationen sind vollständig verboten. Das Internet konnte bisher der staatlichen Zensur entgehen. Nach dem Index von *Reporter ohne Grenzen* nimmt Singapur im Jahr 2009 Platz 133 von 175 untersuchten Ländern ein.

B. Rechtsstaatlichkeit



Die Richter werden, auf Empfehlung des Premierministers, vom Präsidenten ernannt. Sie sind frei von politischer Einflussnahme. Viele Richter stehen in enger Verbindungen zur PAP. Ungewiss ist, ob in PAP-freundlichen Gerichtsurteilen die Richter aus eigener Überzeugung handeln oder durch Parteimitglieder unter Druck gesetzt werden.

Unabhängigkeit der Justiz

In Bezug auf Korruption hält sich die Regierung an eine strikte Null-Toleranz-Politik. Dies ist für den wirtschaftlichen Erfolg Singapurs notwendig. Haben die Investoren das Gefühl, dass ihr Geld nicht sicher ist, könnte dies das Bild von Singapur als einer der größten Finanzzentren stark beschädigen. Im Großen und Ganzen sind die Anti-Korruptions-Bemühungen erfolgreich. In einer Untersuchung von *Transparency International* landet Singapur im Jahr 2009 auf Rang drei von insgesamt 180 bewerteten Ländern.

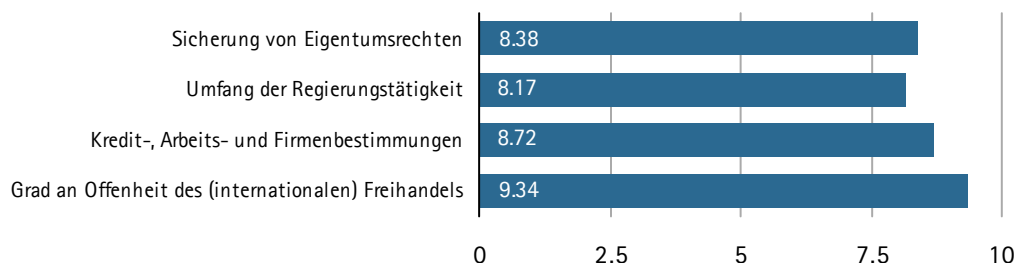
Korruption

Der Schutz der Menschenrechte ist eher mangelhaft. Singapur ist kein Unterzeichner der bestehenden UN-

Menschenrechte

Konventionen zum Schutz der Menschenrechte. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist eingeschränkt und Regierungskritiker werden unterdrückt. Des Weiteren existiert im Land immer noch die Todesstrafe: Singapur wies eine UN- Aufforderung ab, die einen weltweiten Stopp der Anwendung der Todesstrafe forderte. Aus liberaler Sicht ist dies bedauerlich. Religionsfreiheit ist nur so lange gewährt, so lange es nicht den Staat gefährdet. 2009 wurden 23 mutmaßliche Islamisten ohne Gerichtsverfahren inhaftiert - Bedenken angesichts unmenschlicher Behandlung und Folter wurden in dieser Hinsicht geäußert.

C. Wirtschaftliche Freiheit



Sowohl private Eigentumsrechte als auch Rechte des geistigen Eigentums sind in Singapur gesetzlich geschützt. Wenn der Staat Bedarf an Grundbesitz ankündigt, sind Entschädigungen für die Grundstücksbesitzer vorgesehen. Singapur weist in der asiatischen Region eines der anspruchsvollsten Gesetze zu Eigentumsrechten auf.

*Sicherung
von Eigentumsrechten*

Das Amt für geistiges Eigentum ist die führende Institution im Land, die als Berater der Regierung im Bereich des geistigen Eigentums tätig ist und das Bewusstsein für geistiges Eigentum fördert.

Die Staatsausgaben sind gering, sie belaufen sich auf rund 12,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP). Mit einer Vielzahl eigener Unternehmen ist der Staat in einem beträchtlichen Ausmaß an der Wirtschaft beteiligt.

*Umfang der
Regierungstätigkeit*

Die Steuern im Land sind vergleichsweise niedrig. Die Einkommensteuerrate beträgt rund 20 Prozent, wohingegen die Körperschaftssteuer bei 18 Prozent liegt. Weiterhin gibt es eine Mehrwertsteuer und eine Ver-

mögenssteuer Die gesamten Steuereinnahmen belaufen sich auf ungefähr 14.3 Prozent des BIP.

Der Finanzsektor Singapurs ist äußerst konkurrenzfähig. Das Bankwesen wird von drei Gruppen beherrscht, die größte ist die Entwicklungsbank Singapurs, die im Besitz der Regierung ist. Zusätzlich arbeiten 110 ausländische Banken mehr oder weniger frei im Land.

Kredit-, Arbeits- und Firmenbestimmungen

Die Regelungen für die Aufnahme, Leitung und Schließung eines Geschäftsvorhabens sind relativ einfach. Die Geschäftsaufnahme dauert ungefähr drei Tage (der Weltdurchschnitt liegt bei 35 Tagen), eine Geschäftslizenz ist schneller zu erhalten als im globalen Durchschnitt von 18 Verfahren und 218 Tagen. Ebenso unkompliziert ist das Schließen von Unternehmen.

Die Arbeitsregulierungen sind flexibel. Die Lohnnebenkosten eines Angestellten sind niedrig, die Entlassung von Angestellten ist einfach. Die Regulierung der Arbeitsstunden ist flexibel.

Singapur, als ein Gründungsmitglied des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und der Asien-Pazifik Wirtschaftszusammenarbeit, fördert die Verringerung von Handelshemmnissen zwischen den Mitgliedstaaten. Singapurs Außenhandel ist im Großen und Ganzen liberal, der Tarifsatz des gewogenen Mittelwertes liegt bei 0 Prozent. Hemmnisse für den Außenhandel sind mitunter Im- und Exportbeschränkungen, Dienstleistungsmarktbarrieren und Lizenzvergabe- und Auflagepflichten.

Freihandel

Mongolei

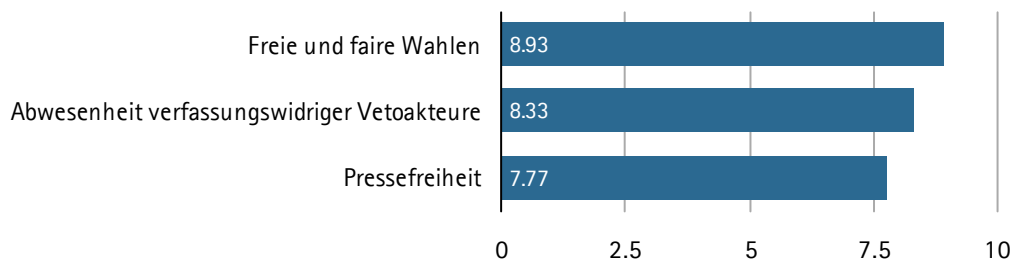
Gesamtbewertung 63,52

Kurzinformationen

<i>Bevölkerung:</i> 3.09 Mio.	<i>BIP:</i> USD 10.16 Mrd.	<i>Erwerbslosenrate:</i> 2,8%
<i>Bevölkerungswachstum:</i> 1,5%	<i>Wachstumsrate :</i> 7%	<i>Menschen unterhalb der Armutsgrenze:</i> 36,1%
<i>Erwerbspersonen:</i> 1.07 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 3 300	<i>HDI:</i> 0,622
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 34% Industrie 5% Dienstleistung 61%	<i>by sector:</i> agriculture 21.2% industry 29.5% services 49.3%	<i>HDI Rang:</i> 100 (von 169)

Quelle: CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2010

A. Politische Freiheit



In der Mongolei verlaufen die Wahlen in der Regel frei und fair. Die letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2009 wurden gemäß demokratischen Standards mit unabhängigen internationalen Beobachtern durchgeführt. Ein Kritikpunkt sind die häufigen Änderungen in Abstimmungsmodalitäten bei den Parlamentswahlen. Kritiker äußern die Befürchtung, dass dies zu Instabilität führen könnte.

Freie und faire Wahlen

Politische Partizipation und Pluralismus sind verfassungsmäßig verankert und auch in der Praxis geschützt. Zivilgesellschaftliche Gruppen können in der Regel ohne staatliche Einschränkungen agieren. Die Gewerkschaften arbeiten legal und werden von der Regierung geschützt.

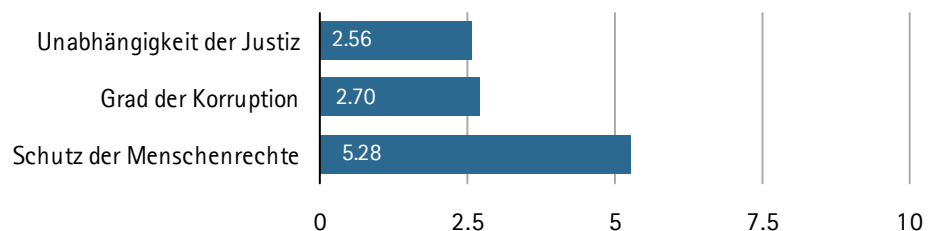
Es gibt keine verfassungswidrigen Vetospieler im politischen System der Mongolei. Es wurde eine zivile Kontrolle über das Militär eingerichtet. Geschäftsinteressen oder Interessen anderer Lobbygruppen sind untergeordnet, wenn es um politische Entscheidungen geht. Aber die Regierung arbeitet nicht immer ganz transparent, was Anlass zur Sorge gibt.

Abwesenheit verfassungswidriger Vetoakteure

Die Pressefreiheit wird in der Regel von der Regierung respektiert. Einige Journalisten üben aber Selbstzensur aus, aus Angst strafrechtlich verfolgt zu werden. In der Vergangenheit wurde das umstrittene Staatsgeheimnisgesetz teilweise benutzt, um Regierungskritiker zu unterdrücken. Während des Ausnahmezustands 2008 wurde die Einschränkung der Medien verhängt und erneut angehoben. Nach Angaben von *Reporter ohne Grenzen* rangiert die Mongolei im Jahr 2009 auf Platz 91 von 175 untersuchten Ländern.

Pressefreiheit

B. Rechtsstaatlichkeit



Die Unabhängigkeit der Gerichte ist verfassungsrechtlich gewährt. Aber in der Praxis spielt bei gerichtlichen Entscheidungen Korruption eine große Rolle. Darüber hinaus ist die Durchsetzung der Vorschriften über die Unabhängigkeit der Justiz nicht ausreichend. Dies spiegelt sich auch in dem Rang wieder, den die Mongolei bei ihrer Bewertung der Rechtsstaatlichkeit erreicht.

Unabhängigkeit der Justiz

Korruption ist in der Mongolei an der Tagesordnung. Ein Bericht der *Asia Foundation* hat dargelegt, dass im Jahr 2009 einer von fünf Haushalten Bestechungsgelder beim Umgang mit offiziellen Ämtern verwendet hatte. Eine Anti-Korruptions-Agentur zur Bekämpfung der Korruption, die 2007 ins Leben berufen worden ist, befasst sich mit dem Problem – bisher jedoch mit begrenztem Erfolg. In dem Korruptionswahrnehmungsindex 2009, herausgegeben von *Transparency International* erreicht die Mongolei Platz 120 von 180 Ländern.

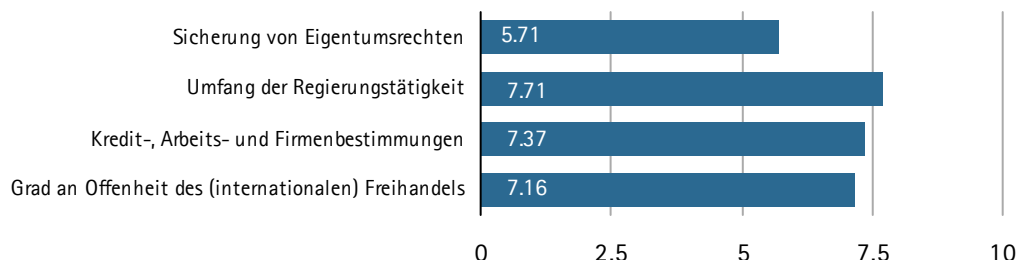
Korruption

Auch wenn das Land – zumindest in der Theorie – die Menschenrechte respektiert und schützt, ist die Menschenrechtssituation wackelig. Die Mongolei hält offiziell nicht mehr an der Todesstrafe fest, jedoch kommt es zur heimlichen Durchführung der Todesstrafe. 2009 während der Zeit nach den Wahlen resultierenden ge-

Menschenrechte

waltsame Proteste in der Verhaftung von etwa 700 Personen. Einige Inhaftierte berichteten, dass ihnen der Zugang zu einem Rechtsanwalt und zu medizinischer Versorgung verweigert worden ist.

C. Wirtschaftliche Freiheit



Die Durchsetzung der Gesetze zum Schutz des privaten Eigentums ist schwach. Richter neigen dazu, Verträge nicht zu beachten oder die Inhalte zu ignorieren. Das gleiche gilt für den Schutz geistigen Eigentums.

*Sicherung
von Eigentumsrechten*

Die staatlichen Ausgaben (Konsumausgaben und Transferzahlungen) sind relativ hoch, sie entsprechen etwa 38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

*Umfang der
Regierungstätigkeit*

Die Mongolei hat einen niedrigen Einkommenssteuersatz von zehn Prozent und eine moderate Körperschaftssteuer von 25 Prozent. Sonstige Steuern umfassen eine Mehrwertsteuer, eine Verbrauchsteuer auf Alkohol und Kraftfahrzeuge und eine Dividendensteuer. Insgesamt belaufen sich die Steuereinnahmen auf etwa 33 Prozent des BIP.

In den letzten Jahren kam es zu einer Umstrukturierung des Bankensektors, was eine Vereinfachung des privaten Zugangs zu Krediten zum Ziel hat. Im Großen und Ganzen hält sich die Regierung aus dem Finanzsektor heraus und ausländische Investoren genießen meist ungezwungenen Zugang zum inländischen Kapitalmarkt. Derzeit sind zehn der 16 privaten Banken im Land in ausländischem Besitz. Zusätzlich zu der Anzahl der Banken gibt es 72 kleinere, meist unregulierte Kreditinstitute.

*Kredit-, Arbeits- und
Firmenbestimmungen*

Die Aufnahme, Unterhaltung und Schließung von Geschäftsvorhaben werden durch ein ordnungspolitisches Umfeld geschützt. Die durchschnittliche Dauer zur Aufnahme eines Geschäftsvorhabens beträgt 13 Tage, der globale Durchschnitt liegt bei 35 Tagen. Die Konkurser-

klärung kann jedoch ein langwieriger und belastender Prozess werden.

Arbeitsmarktregulierungen sind vergleichsweise flexibel. Die Lohnnebenkosten eines Arbeitnehmers sind durchschnittlich, die Kündigung eines Mitarbeiters ist ein unkompliziertes und kostengünstiges Verfahren. Die Arbeitszeitregulierungen in der Mongolei sind jedoch sehr unflexibel.

Der internationale Handel ist relativ frei und liberal. Hindernisse für den internationalen Freihandel bestehen in Form von Im- und Exportbeschränkungen und Steuern, einer schwachen Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum und in der ineffizienten und korrupten Zollverwaltung.

Freihandel

Indonesien

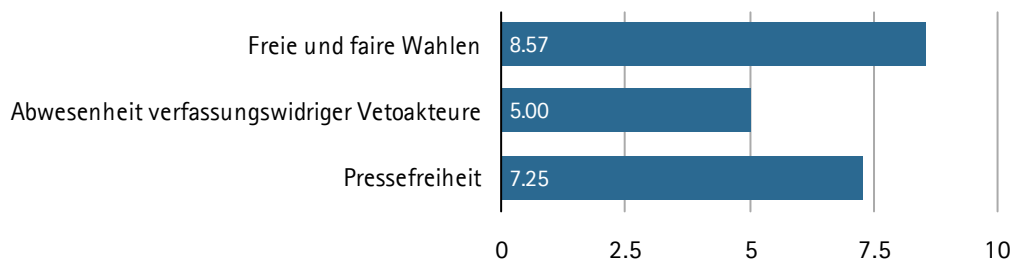
Gesamtbewertung 58,52

Kurzinformationen

<i>Bevölkerung:</i> 242.97 Mio.	<i>BIP:</i> USD 1.33 trillion	<i>Erwerbslosenrate:</i> 7,1%
<i>Bevölkerungswachstum:</i> 1,1%	<i>Wachstumsrate:</i> 6%	<i>Menschen unterhalb der Armutsgrenze:</i> 13,3%
<i>Erwerbspersonen:</i> 114.9 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 4,300	<i>HDI:</i> 0,600
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 42,1% Industrie 18,6% Dienstleistung 39,3%	<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 14,9% Industrie 46,8% Dienstleistung 38,3%	<i>HDI Rang:</i> 108 (von 169)

Quelle: CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2010

A. Politische Freiheit



In Indonesien werden der Präsident, der Vizepräsident, das Repräsentantenhaus, der vertretende Regionalrat und die lokalen Repräsentantenhäuser im Abstand von fünf Jahren direkt vom Volk gewählt. Kandidaten, die sich als Präsident- und Vizepräsident zur Wahl stellen, brauchen die absolute Mehrheit der Stimmen, um ernannt zu werden. Die letzten allgemeinen Wahlen von 2004 und von 2009 entsprachen größtenteils den demokratischen Standards. Jedoch kam es zu Unregelmäßigkeiten in den Wählerlisten, das oberste Gericht ordnete daraufhin das Nachzählen von Wählerstimmen an.

Politischer Pluralismus und Partizipation sind im Wesentlichen frei und uneingeschränkt. Nichtregierungsorganisationen (NROs) und lokale Interessengruppen werden in die Kommunalpolitik mit einbezogen. Die Rechte der Versammlungs- und Vereinsfreiheit werden grundsätzlich respektiert.

Auch wenn die Autorität der indonesischen Regierung nicht direkt in Frage gestellt wird, gibt es einige verfassungswidrige Vetoakteure, die die Politik zu einem gewissen Grad beeinflussen. Das Militär hat sich seit

Freie und faire Wahlen

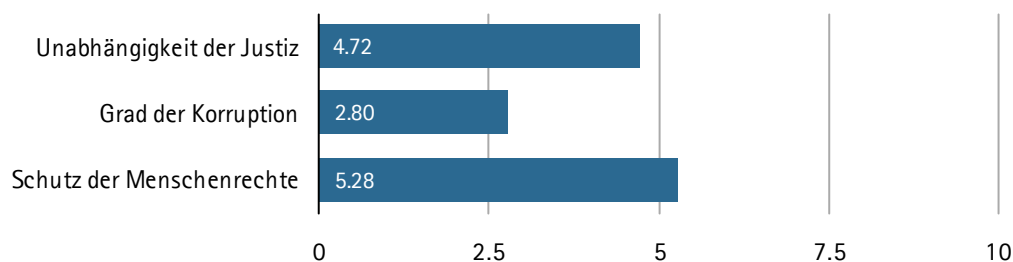
*Abwesenheit
verfassungswidriger
Vetoakteure*

1999 allmählich aus der Politik zurückgezogen. Es kann nur dann Einfluss auf die Politik nehmen, wenn die nationale Einheit bedroht wird. Einige hochrangige Offiziere haben sich in den Provinzen zur Wahl gestellt und positive Ergebnisse erzielt. Dies gewährt dem Militär eine gewisse Einflussmacht über die indonesische Politik. Radikal-islamische Kräfte sind potenzielle politische Vetoakteure. In der Vergangenheit setzten diese Gruppen die Regierung erfolgreich unter Druck, um so die Gesetzgebung zu ihren Gunsten beeinflussen zu können.

Die Pressefreiheit ist ein Eckpfeiler in der indonesischen Demokratie. Eine Vielzahl von Fernseh- und Radiosendern berichtet frei über politische Ereignisse. Auch das Internet ist relativ frei, aber es gibt Beschränkungen bezüglich des Inhalts, der die moralischen Normen bedrohen könnte. Jedoch sind noch einige Mängel zu nennen: Ausländische Journalisten benötigen eine spezielle Erlaubnis, um in Regionen wie Papua und West-Papua einreisen zu können. Einige Journalisten wurden mit Drohungen und Gewalt konfrontiert während ihrer Berichterstattung über kontroverse Themen.

Pressefreiheit

B Rechtsstaatlichkeit



Die Justiz in Indonesien ist nicht völlig unabhängig. Der Regimewechsel von 1998 hatte nur geringen Einfluss auf die Justiz; noch immer wirken das Militär und große Wirtschaftsunternehmen auf die Regierung ein. Bestechungsgelder sind ein allgemeines Instrument, um gerichtliche Entscheidungen zu beeinflussen. Die niedrige Entlohnung von Richtern, Anwälten und Juristen erhöht die Attraktivität der Annahme von Bestechungsgeldern. Aber das neu gegründete Verfassungsgericht scheint seine Aufgabe ernst zu nehmen und leistet einen wertvollen Beitrag im Prozess der Demokratisierung. Dennoch liegt die Qualität der Justiz in Indonesien unter dem Durchschnitt.

Unabhängigkeit der Justiz

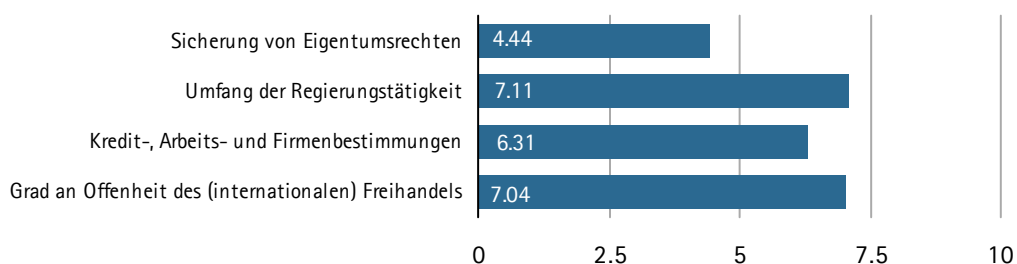
In Indonesien ist Korruption weit verbreitet. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono hat die Bekämpfung der Korruption zu einem zentralen Element seiner Wahlkampagne 2004 gemacht; er etablierte in seiner Amtszeit eine Anti-Korruptions-Kommission. Daraufhin wurde eine Vielzahl hochrangiger Regierungsbeamter aufgrund von Fehlverhalten verhaftet; das Problem besteht jedoch weiterhin, da diese Maßnahmen nur an der Oberfläche kratzten. In Anbetracht dieser Umstände ist es nicht verwunderlich, dass Indonesien Platz 111 von 180 Ländern im Korruptionswahrnehmungsindex 2009 von *Transparency International* belegt. Dieses Resultat spiegelt sich auch in unserem Ergebnis wieder, das relativ niedrig ausfällt.

Korruption

Unter der Yudhoyono-Regierung kam es zu bedeutenden Fortschritten in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte. Dennoch gibt es einige schwerwiegende Defizite: Indonesien hält weiterhin an der Todesstrafe fest. *Amnesty International* veröffentlichte Berichte, in den es zu Folter und Mord durch Sicherheitskräfte kam. Religiöse Minderheiten erfahren immer wieder Diskriminierung, Einschüchterung und Gewalt. Es bedarf nach wie vor noch einigen Verbesserungen zum Schutz der Menschenrechte.

Menschenrechte

C. Wirtschaftliche Freiheit



Ein mangelhafter rechtlicher Rahmen, unwirksame Verwaltung und Patronagenetze beeinflussen den Schutz des Eigentums negativ. In vielen Fällen wurden Gerichtsurteile willkürlich gefällt und Richter neigen in Rechtsstreitigkeiten dazu Urteile gegen Ausländer zu fällen. Verträge werden oft ignoriert. Das Fehlen an Landtiteln ist ein weiteres Problem in Indonesien, vor allem für die ländliche Bevölkerung. Die Durchsetzung zum Schutz des geistigen Eigentums ist schwach.

Sicherung von Eigentumsrechten

Die staatlichen Ausgaben (Konsum- und Transferleistungen) sind gering, sie entsprechen etwa 19,1 Pro-

Umfang der Regierungstätigkeit

zent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Der Staat kontrolliert erhebliche Teile der Wirtschaft. Eine solide Finanzpolitik führt dazu, dass Indonesien sich den Herausforderungen der globalen Finanzkrise stellen konnte.

Eine Steuerreform brachte die Steuern auf ein durchschnittliches Niveau, was zu einem Einkommenssteuertarif von 30 Prozent und einem Körperschaftsteuersatz von 28 Prozent führte. Die Steuereinnahmen insgesamt entsprechen 11,3 Prozent des BIP.

Seit den späten 1990er Jahren wurde das indonesische Finanzsystem schrittweise umstrukturiert. Dies führte zu einer Verringerung der Banken auf etwa 130 Institutionen um so anschließend die Effizienz des Bankensystems zu erhöhen. Der Staat ist im Besitz von fünf Banken und unternimmt bereits Schritte, um eine Finanzaufsichtsbehörde ins Leben zu rufen.

Kredit-, Arbeits- und Firmenbestimmungen

Verschiedene Regelungen beeinträchtigen die Aufnahme, Leitung und Schließung von Geschäftstätigkeiten. Die Geschäftsaufnahme dauert länger als im globalen Durchschnitt von 35 Tagen. Der Erhalt eines Gewerbescheins erfordert insgesamt 18 Arbeitsschritte. Die Schließung eines Unternehmens ist aufwendig und kostenintensiv.

Restriktive Arbeitsrechtbestimmungen halten die Lohnnebenkosten eines Arbeitnehmers im Durchschnitt, das Entlassen von Mitarbeitern ist jedoch kostspielig.

Der durchschnittliche Zollsatz in Indonesien liegt bei 3,6 Prozent. Um den Anforderungen der WTO, AFTA und APEC gerecht zu werden, wird Indonesien die Tarife bis 2020 kontinuierlich reduzieren. Derzeit leidet der internationale Handel unter einem komplizierten System aus Zulassungsvorschriften, einer mangelhaften Durchsetzbarkeit von Verträgen und Eigentumsrechten sowie unter den korrupten Praktiken vieler Zollbeamter.

Freihandel

Malaysia

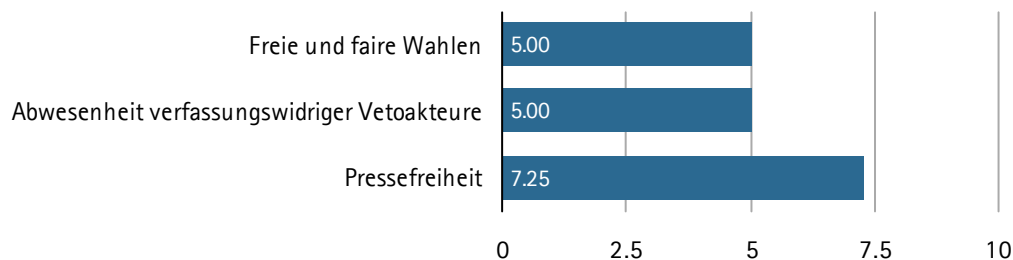
Gesamtbewertung: 54,20

Kurzinformationen

<i>Bevölkerung:</i> 28.27 Mio.	<i>BIP:</i> USD 416.4 billion	<i>Erwerbslosenrate:</i> 3,5%
<i>Bevölkerungswachstum:</i> 1,61%	<i>Wachstumsrate:</i> 7,1%	<i>Menschen unterhalb der Armutsgrenze:</i> k.A.
<i>Erwerbspersonen:</i> 11.62 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 14 700	<i>HDI:</i> 0,744
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 13% Industrie 36% Dienstleistung 51%	<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 9.1% Industrie 41.6% Dienstleistung 49.3%	<i>HDI Rank:</i> 8 (von 169)

Quelle: CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2010

A. Politische Freiheit



In Malaysia ist das universelle Wahlrecht eingeführt worden und Wahlen werden regelmäßig abgehalten. Die letzten nationalen Wahlen fanden im Jahr 2008 statt und den Parteien in der Opposition ist es erstmals seit 40 Jahren gelungen die Zweidrittelmehrheit der Regierungspartei zu überflügeln. Die Partei Barisan National (BN), die in den Wahlen 2004 198 von insgesamt 219 Sitzen im Parlament gewann, konnte sich 2008 nur 140 Sitze sichern. Die Wahlen können dennoch nicht als komplett frei und fair bezeichnet werden. Die BN wurde der Manipulation von Wählerregistrierungslisten beschuldigt. Dass die Opposition trotz alledem als Sieger aus den Wahlen hervorgehen konnte, deutet auf eine schwindende Bedeutung der BN hin.

Freie und faire Wahlen

In Bezug auf politischen Pluralismus und politische Partizipation duldet die Regierung soziale Bewegungen, insofern sie nicht in Konflikt mit staatlichen Politiken geraten. Bestimmte Aktivitäten werden gesetzlich eingeschränkt, so zum Beispiel das Recht auf Versammlungsfreiheit. Der Einfluss nichtstaatlicher Akteure auf das Politikgeschehen ist daher nur als unzureichend zu bewerten.

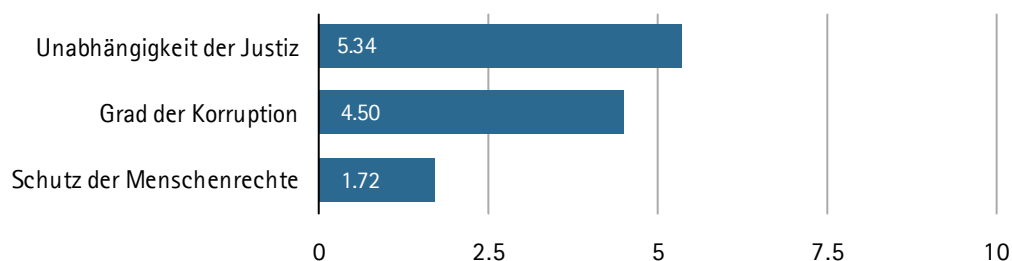
Prinzipiell liegt die politische Macht in Regierungshand und verfassungswidrige Vetoakteure wie das Militär stehen unter ziviler Kontrolle. Jedoch versuchen bestimmte islamistische Gruppierungen permanent Einfluss auf die Politik zu ihren Gunsten zu nehmen. Dieser Trend ist vor allem in den letzten Jahren verstärkt zu beobachten.

*Abwesenheit
verfassungswidriger
Vetoakteure*

Die Pressefreiheit ist zwar in der Verfassung Malaysias verankert, in der Realität sind Presse- und Meinungsfreiheit jedoch eingeschränkt. Politische Themen finden sich seit den Wahlen 2008 zwar häufiger in den Medien wieder, jedoch sind viele private Fernsehsender eng mit der Partei Barisan National verbunden und dementsprechend ideologisch gefärbt. Im Jahr 1984 wurde ein Gesetz erlassen, das dem Staat erlaubt, Journalisten ohne einen vorangegangenen gerichtlichen Prozess die Lizenz zu entziehen. Dieses Gesetz sorgt dafür, dass viele Journalisten Selbstzensur bei ihrer Themenauswahl betreiben. Das Internet hat sich als hauptsächliche Plattform zum Austausch von Meinungen etabliert. Die Regierung reagierte 2007 auf diesen Trend mit der Androhung rechtlicher Schritte gegen vermeintlich diffamierende regierungskritische Äußerungen.

Pressefreiheit

B. Rechtsstaatlichkeit



Die Unabhängigkeit der Gerichte wird in hohem Maß durch den Einfluss der Exekutive beeinflusst. Politisch motivierte Urteile sind keine Seltenheit, wie der Fall des Oppositionsführers Anwar Ibrahim zeigt. Er war in den Jahren 1999 und 2000 aufgrund von Vorwürfen von Korruptions- und Sodomievergehen inhaftiert. Die Verurteilung wegen Sodomie wurde 2004 aufgehoben und er wurde aus dem Gefängnis entlassen. Die Anklage gegen Korruption wurde jedoch nicht fallengelassen und er wurde aufgefordert, sich aus politischen Angelegenheiten herauszuhalten. Ende 2008

*Unabhängigkeit
der Justiz*

wurde Anwar Ibrahim erneut wegen Sodomie angeklagt, im November 2010 war der Fall immer noch nicht abgeschlossen. Die Regierung unternahm kürzlich den Versuch, das Image der Justiz wiederherzustellen, in dem sie einen Gesetzesentwurf vorlegte, der der Justiz mehr Unabhängigkeit gewährt. Dieses Bestreben wurde als eine PR-Übung wahrgenommen. Der Ministerpräsident bleibt weiterhin sehr einflussreich in Bezug auf Gerichtsentscheidungen.

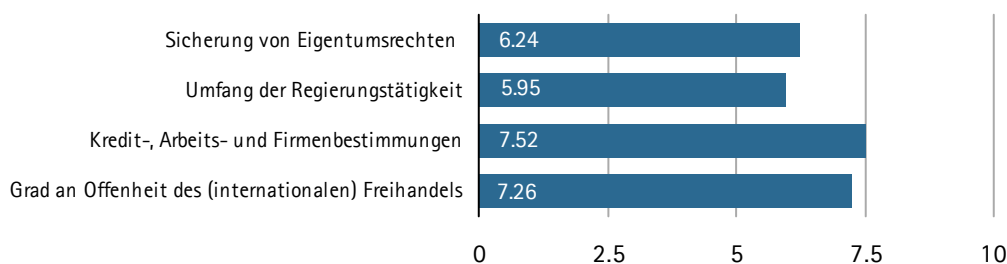
Korruption ist ein ernstes Problem unter der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes. Auch wenn die Regierung versucht, das öffentliche Image zur Bekämpfung der Korruption aufrechtzuerhalten, gibt es wenig politischen Willen, dieses Problem effektiv zu bekämpfen. Nach Angaben von *Transparency International* rangiert Malaysia im Korruptionswahrnehmungsindex von 2009 auf Platz 56 von 180 Ländern.

Korruption

In Malaysia sind schwere Mängel in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte erkennbar. Die Todesstrafe wurde noch nicht abgeschafft: 2009 wurden 22 Menschen zum Tode verurteilt, die Zahl der Hinrichtungen ist jedoch unbekannt. Von unserem liberalen Standpunkt aus ist dies sehr bedauerlich. Eine andere Tatsache, die wir missbilligen – wie der Fall von Anwar Ibrahim zeigt –, ist die Strafverfolgung von Menschen aufgrund ihrer (angeblichen) sexuellen Orientierung. Berichten von *Amnesty International* zufolge erfahren Tatverdächtige eine unmenschliche Behandlung sowie willkürliche Verhaftung. Malaysia ist keine Vertragspartei in einer der UN-Konventionen zum Schutz der Menschenrechte.

Menschenrechte

C. Wirtschaftliche Freiheit



Der Erwerb, die Nutzung und der Verkauf von Privateigentum sind weitgehend durch die jeweiligen malaiischen Gesetze geschützt. Eine Ausnahme bildet

*Sicherung
von Eigentumsrechten*

Borneo: die indigene Bevölkerung ist Zwangsumsiedlungen unterworfen, die zum einen den Weg für große Infrastrukturprojekte, aber auch für zivile Unruhen ebnet. Die Justiz steht unter dem Einfluss der herrschenden BN. Rechtsstreitigkeiten nehmen häufig viel Zeit in Anspruch und werden oft nach politischer Motivation entschieden. Geistige Eigentumsrechte sind eine problematische Angelegenheit und die Durchsetzung ist unzureichend. Besonders die Hersteller von Pharmazeutika und Konsumgütern erleiden schwere finanzielle Verluste durch illegale Kopien von Medikamenten.

Die staatlichen Ausgaben (Verbrauch- und Transferzahlungen) sind vergleichsweise gering, sie belaufen sich auf rund 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Die Steuern in Malaysia liegen auf durchschnittlichem Niveau. Der Einkommensteuersatz liegt bei 27 Prozent, während die Körperschaftssteuer kürzlich von 26 Prozent auf 25 Prozent reduziert wurde. Insgesamt beträgt das Steueraufkommen rund 14,8 Prozent des BIP.

Der Bankensektor in Malaysia besteht aus 38 Geschäftsbanken, die unter der Aufsicht der Zentralbank stehen. Der Anteil ausländischer Banken wird staatlich limitiert und reglementiert: die Teilnahme beschränkt sich auf 30 Prozent für Geschäftsbanken und 70 Prozent für islamische Banken und Investmentbanken sowie Versicherungen. Malaysia Finanzsystem überstand die weltweite Finanzkrise relativ gut.

Die Aufnahme, Leitung und auch die Schließung von Unternehmen wird durch eine Vielzahl von Vorschriften eingeschränkt. Obwohl die Gründung eines Unternehmens nur 11 Tage dauert, ist der Erhalt einer Lizenz eher ein mühevoller und langwieriger Prozess.

Die Erwerbsregulierungen sind flexibel. Obwohl die Entlassung eines Mitarbeiters kompliziert und kostspielig sein kann, sind die Lohnnebenkosten eher gering. Ein Mindestlohn ist nicht bekannt und Arbeitszeiten sind flexibel.

Der Außenhandel ist im Prinzip liberalisiert, aber Protektionismus in Bezug auf wichtige Unternehmen erweist sich als ein Hindernis für ausländische Investoren. Die neue Wirtschaftspolitik der Regierung er-

*Umfang der
Regierungstätigkeit*

*Kredit-, Arbeits- und
Firmenbestimmungen*

Freihandel

schwert ausländische Direktinvestitionen. Malaysia ist das einzige ASEAN-Land, in dem der Kapitalabfluss ausländischer Direktinvestitionen größer ist als der Zufluss, was ein Zeichen für ein schwindendes Vertrauen der Investoren sein könnte. Malaysia profitiert wirtschaftlich ungemein von der ASEAN-Australien-Neuseeland Freihandelszone, die 2008 in Kraft trat.

Philippinen

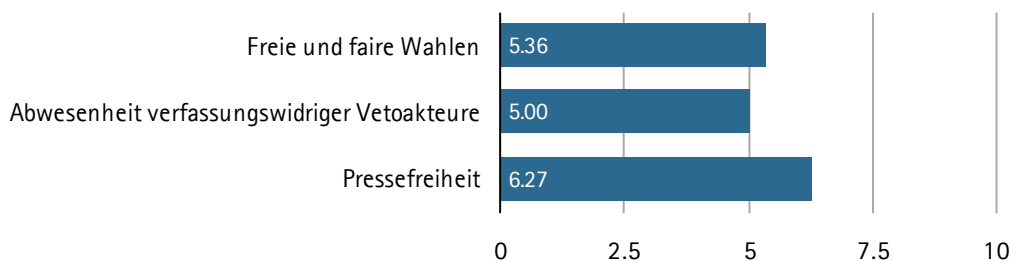
Gesamtbewertung 52,59

Kurzinfomationen

<i>Bevölkerung:</i> 99.9 Mio.	<i>BIP:</i> USD 351.2 billion	<i>Erwerbslosenrate:</i> 7,5%
<i>Bevölkerungswachstum:</i> 1,93%	<i>Wachstumsrate:</i> 6,7%	<i>Menschen unterhalb der Armutsgrenze:</i> 32,9%
<i>Erwerbspersonen:</i> 38.91 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 3 500	<i>HDI:</i> 0,638
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 34% Industrie 15% Dienstleistung 51%	<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 13.7% Industrie 31.7% Dienstleistung 54.6%	<i>HDI Rang:</i> 97 (von 169)

Quelle: CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2010

A. Politische Freiheit



Der philippinische Präsident wird direkt vom Volk gewählt. Neben den Präsidentschaftswahlen gibt es auch Parlamentswahlen. Die letzten Wahlen von 2004 (Präsidentschaftswahlen) und 2007 (Kongresswahlen) wurden von Betrug und Stimmenkauf in großem Maßstab und politischer Gewalt überschattet. Im Jahr 2010 erkannte die Organisation *Freedom House* den Philippinen den Status einer Wahldemokratie ab. Politische Partizipation ist relativ uneingeschränkt: Es gab eine kurze Periode zwischen 2005 und 2006 in der die Regierung die Rechte der Versammlungsfreiheit einschränkte. Diese Einschränkungen wurden jedoch infolge öffentlichen Drucks wieder aufgehoben. Im Allgemeinen haben die Philippinen eine Tradition der Freiheit und der bürgerlichen Rechte.

Freie und faire Wahlen

Verfassungswidrig Vetoakteure sind im politischen System der Philippinen nicht vollkommen abwesend. Im Jahr 2006 kam es zu einem vermeintlichen Putschversuch. Darüber hinaus haben gewalttätige aufständische Gruppen die Sicherheit des Landes in den vergangenen Jahren stark bedroht. Alle Bemühungen, die Gewalt zu stoppen, erwiesen sich bisher als erfolglos.

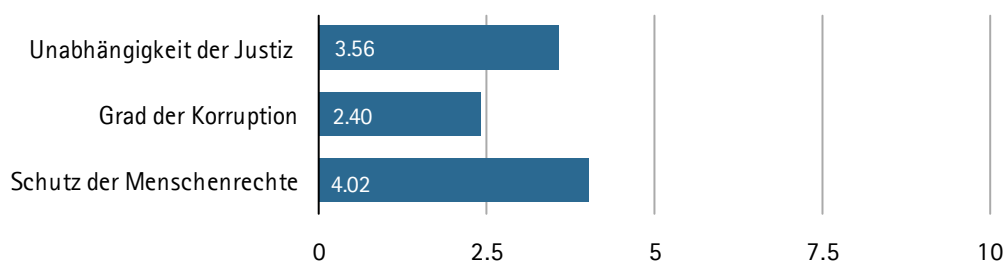
*Abwesenheit
verfassungswidriger
Vetoakteure*

Dennoch kann die Situation insgesamt als relativ stabil gesehen werden.

Die Pressefreiheit wird durch die Verfassung geschützt. Jedoch zeigt sich in der Realität ein anderes Bild: Die Philippinen gehören zu den Ländern, in dem ein hohes Risiko für Journalisten herrscht und es bisher zu zahlreichen Todesfällen kam. Die Organisation *Reporter ohne Grenzen* stuft das Land in ihrem Index von 2010 auf Platz 156 von insgesamt 178 untersuchten Ländern ein – ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Der Grund dafür ist die Ermordung von 29 Journalisten in der Provinz Maguindanao. Pressefreiheit und Meinungsfreiheit sind in der Regel gegeben und staatliche Zensur ist kein Problem.

Pressefreiheit

B. Rechtsstaatlichkeit



Die Unabhängigkeit der Gerichte ist eher schwach ausgeprägt: Richter werden im Allgemeinen schlecht entlohnt (die Justiz erhält nur ein Prozent des nationalen Budgets) und suchen sich häufig zusätzliche Einnahmequellen. Die Richter des Obersten Gerichtshofs werden von der Regierung ernannt, was ebenfalls nicht zur Förderung der Unabhängigkeit beiträgt.

Unabhängigkeit der Justiz

Die Korruption ist ungezügelt. Die ehemalige Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo war in mehrere Korruptionsvorfälle involviert. Korruption ist nicht rein auf die höchsten staatlichen Ebenen beschränkt – es ist vielmehr ein weit verbreitetes Element der philippinischen Gesellschaft. Im Jahr 2008 wurden zum Beispiel eine beträchtliche Anzahl von Banken wegen der Misswirtschaft und Korruption geschlossen. Im Ranking von *Transparency International* von 2009 wurden die Philippinen auf Rang 139 von 180 untersuchten Ländern eingestuft.

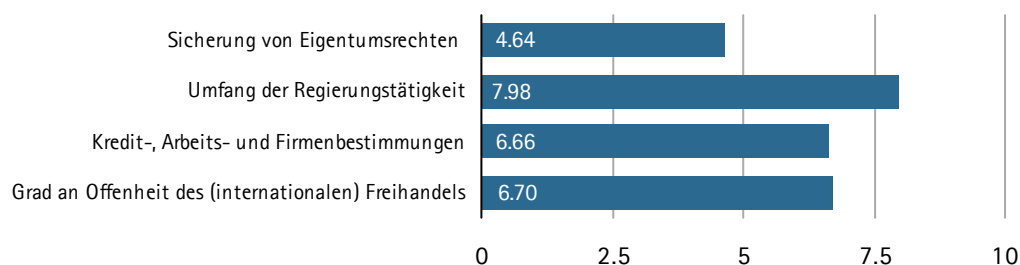
Korruption

Die Philippinen haben die Todesstrafe abgeschafft und sind Vertragspartei aller wichtigen UN-Konventionen

Menschenrechte

zum Schutz der Menschenrechte. Doch die Situation bleibt problematisch. Eine Reihe von Berichten enthüllen grausame, unmenschliche und entwürdigende Bedingungen in Gefängnissen. Erneute Gewaltausbrüche in der Provinz Mindanao im Jahr 2008 führten zur Vertreibung von ca. 600.000 Menschen. Die *Moro Islamic Liberation Front*, eine muslimische Gruppierung von Aufständischen, bildet Kinder zu Soldaten aus. Außergerichtliche Tötungen, willkürliche Festnahmen und Misshandlungen durch die Sicherheitskräfte geschehen häufig.

C. Wirtschaftliche Freiheit



Eigentumsrechte und Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums sind fest in der philippinischen Rechtsordnung verankert. Eine Verfassungsänderung hatte zum Ziel die Beschränkungen für Ausländer bezüglich des Grundstückbesitzes und den Besitz von Unternehmen zu minimieren. Die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums bleibt dennoch problematisch.

*Sicherung
von Eigentumsrechten*

Die Staatsausgaben (Verbrauchs- und Transferleistungen) sind vergleichsweise gering, sie entsprechen rund 17,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

*Umfang der
Regierungstätigkeit*

Die Steuern sind recht hoch. Der Einkommenssteuersatz beträgt 32 Prozent, während die Körperschaftsteuer bei 30 Prozent liegt. Darüber hinaus hat die philippinische Bevölkerung eine Mehrwertsteuer, eine Grundsteuer und eine Erbschaftsteuer zu bezahlen. Die Steuereinnahmen belaufen sich auf rund 14 Prozent des BIP.

*Kredit-, Arbeits- und
Firmenbestimmungen*

Achtunddreißig Geschäftsbanken dominieren den Finanzsektor auf den Philippinen. Zwei große staatliche Banken erwirtschaften etwa 15 Prozent des Gesamtvermögens. Die Regierung betreibt eine kleine islamische Bank, die vor allem den muslimischen Bürger im

Süden zugute kommt. Obwohl Kredite in der Regel zu marktüblichen Konditionen vergeben werden, vergeben die Banken einen Teil ihres Geldes an bevorzugte Sektoren.

Die Aufnahme, Leitung und auch die Schließung von Geschäftstätigkeiten wird durch eine Vielzahl von Vorschriften eingeschränkt. Die Gründung eines Unternehmens dauert etwa 52 Tage, was deutlich mehr als der weltweite Durchschnitt von 35. Das Anfordern einer Lizenz hingegen dauert weniger als der weltweite Durchschnitt von 218 Tagen. Die Schließung eines Unternehmens kann zu einer komplizierten und langwierigen Prozedur werden.

Die Lohnnebenkosten eines Mitarbeiters sind gering, unflexible arbeitsrechtliche Vorschriften machen die Entlassung von Arbeitnehmern kompliziert.

Die verschiedenen philippinischen Regierungen haben Maßnahmen ergriffen, um die Liberalisierung des Handels zu erleichtern. Mehrere regionale und bilaterale Freihandelsabkommen führen zu einem ständig wachsenden Austausch zwischen den Philippinen und anderen Ländern in der Region.

Zu den Nachteilen des internationalen Handels zählen die hohen Zölle, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, Zugangsbarrieren zu dem philippinischen Dienstleistungsmarkt, undurchsichtige Zollbestimmungen, Korruption, und eine mangelhafte Rechtslage im Hinblick auf den Schutz geistigen Eigentums.

Freihandel

Thailand

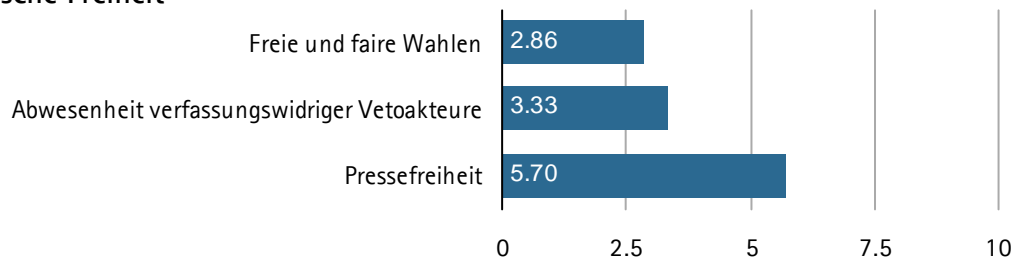
Gesamtbewertung 51,23

Kurzinfomationen

<i>Bevölkerung:</i> 67.09 Mio.	<i>BIP:</i> USD 580.3 billion	<i>Erwerbslosenrate:</i> 1,2%
<i>Bevölkerungswachstum:</i> 0,65%	<i>Wachstumsrate:</i> 7.6%	<i>Menschen unterhalb der Armutsgrenze:</i> 9,6%
<i>Erwerbspersonen:</i> 38.7 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 8 700	<i>HDI:</i> 0,654
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 42,4% Industrie 19,7% Dienstleistung 37,9%	<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 10,4% Industrie 45,6% Dienstleistung 44%	<i>HDI Rang:</i> 92 (von 169)

Quelle: CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2010

A. Politische Freiheit



Im Jahr 2007 fanden die ersten Parlamentswahlen, nach dem Militärputsch von 2006 statt, bei dem der umstrittene Ministerpräsident Thaksin Shinawatra gestürzt worden ist. Diese Wahlen brachten eine neue Verfassung mit sich. Auch wenn es zu keinen größeren Störungen während der Wahlen kam, können sie dennoch nicht als frei und fair bezeichnet werden. Das Militär versuchte weiterhin die politischen Prozesse zu beeinflussen und das Kriegsrecht bestand in 25 von 76 Provinzen des Landes.

Freie und faire Wahlen

In der Theorie sieht die neue Verfassung das allgemeine Wahlrecht vor. Jedoch besitzen buddhistische Mönche kein Wahlrecht. Angehöriger bestimmter ethnischer Minderheiten (wie beispielsweise die Bergbevölkerung im Norden Thailands) sind ebenfalls vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ähnliche Einschränkungen gelten auch für Kandidaten, die sich zur Wahl stellen wollen: Regierungsbeamte zum Beispiel sind grundsätzlich ausgeschlossen. Darüber hinaus führte die Verfassung von 2007 eine undemokratische Bestimmung eines nur halb gewählten Senats ein; die eine Hälfte der Senatsmitglieder wird von einem speziellen Komitee ernannt.

Das Recht zum politischen Kandidieren ist eingeschränkt: Nur Bürger mit einem Bachelor Abschluss oder höher können sich zur Wahl stellen. Etwa 95 Prozent der Bevölkerung sind somit ausgeschlossen.

Politischer Pluralismus und politische Partizipation sind weitgehend frei. Eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen (NROs) richtet ihre Arbeit auf die Vertretung spezieller Interessen von Bauern, Frauen, Studenten oder Arbeitern aus. Jedoch weisen Berichte daraufhin, dass NROs die über sensible politische Themen berichten, Belästigung erfahren.

Das Militär – wenn auch nicht mit verfassungsmäßigem Mandat oder Wahlmandat ausgestattet – ist ein politisches Schwergewicht und kann als ein verfassungswidriger Vetoakteur angesehen werden. Die Schlagkraft der Armee wurde in den letzten Jahren erkennbar. Ende 2008 weigerte sich das Militär die Demonstrationen der *People's Alliance for Democracy* (PAD), einer royalistischen Gruppierung aufzulösen, nachdem diese Bangkoks Flughäfen und das Regierungsgebäude besetzten. Im Gegensatz dazu, 2010, während der Proteste der *United Front for Democracy against Dictatorship* (UDD), hat das Militär auf Aufforderung von Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva, interveniert. Dies zeigt, dass nicht jede thailändische Regierung sich auf die Streitkräfte verlassen kann und diese wiederum die Befehle der Regierung befolgen. Das Militär nimmt Einfluss auf die Politik, wenn es dies für nötig erachtet, unabhängig von ihrem vorhandenen oder nicht vorhandenen Mandat.

*Abwesenheit
verfassungswidriger
Vetoakteure*

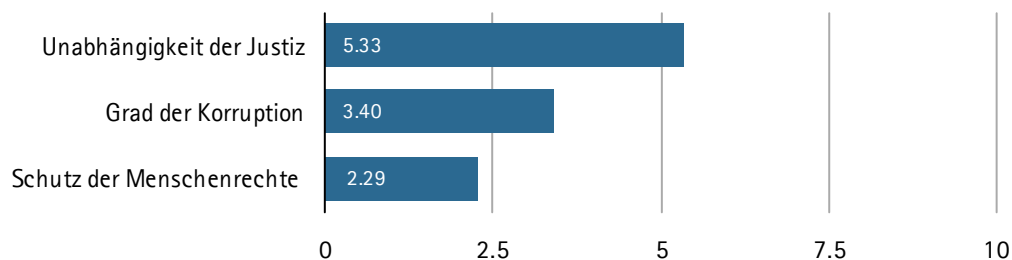
Thailand weist eine der am weitesten entwickelten Medienlandschaften in ganz Asien auf. Aber die Pressefreiheit ist eingeschränkt, *Reporter ohne Grenzen* stuft Thailand auf Platz 130 von 175 untersuchten Ländern ein.

Pressefreiheit

Strenge Majestätsbeleidigungsgesetze verbieten jede Kritik oder Zeichen der Verachtung gegenüber der königlichen Familie. Handlungen, die gegen dieses Gesetz verstoßen, werden streng bestraft. 2009 verwendeten die Behörden diese Gesetze gegen Wissenschaftler, Aktivisten und Journalisten, die die das Königshaus oder Regierung kritisierten. Die sechs wichtigsten Fernsehstationen und alle Radiosender werden von der Regierung oder dem Militär kontrolliert.

Die Auseinandersetzungen zwischen „Rothemden“ und „Gelbhemden“ (UDD und PAD) hatten großen Einfluss auf die Pressefreiheit: Die Regierung versuchte mehrmals die Rundfunksender, die Sympathie für die UDD äußerten, zu schließen.

B. Rechtsstaatlichkeit



Die neue Verfassung von 2007 stellte die Unabhängigkeit der Justiz und ein unabhängiges Verfassungsgericht wieder her. Ein politisches Urteil im Jahr 2008 führte dazu, dass zwei Premierminister (Samak Sundaravej und Somchai Wongsawat), denen Wahlbetrug vorgeworfen wurde, aus dem Amt und aus der *People's Power Party* entlassen worden sind. Dies ebnete den Weg für die Demokratische Partei (DP). Der DP wurden wiederum finanzielle Unregelmäßigkeiten vorgeworfen, das Verfahren wurde aber im Dezember 2010 aufgrund von Verfahrensfehlern eingestellt. Neben diesen politischen Fällen scheint die richterliche Gewalt unabhängig genug zu sein, wenn auch Bestechung ein bestehendes Problem bleibt.

*Unabhängigkeit
der Justiz*

Korruption durchdringt alle Ebenen der thailändischen Gesellschaft. Die häufigsten Formen der Korruption sind Bestechung, Vetternwirtschaft und Interessenkonflikte. Es gibt mehrere staatliche Stellen, die versuchen alle Arten von Korruption zu bekämpfen. Die Nationale Korruptionskommission beispielsweise wurde erst unter der Verfassung von 1997 gegründet und hat die Befugnis, selbständig Nachforschung zu betreiben und gerichtlich vorzugehen. In der Verfassung von 2007 wurde festgelegt, auch Politiker oder Staatsbeamte mit einzubeziehen. Diese Bemühungen haben sich bisher jedoch als weitgehend wirkungslos erwiesen. Der Korruptionswahrnehmungsindex von *Transparency International* stuft Thailand auf Platz 84 von 180 Ländern ein, Korruption bleibt somit auf einem recht hohen Niveau.

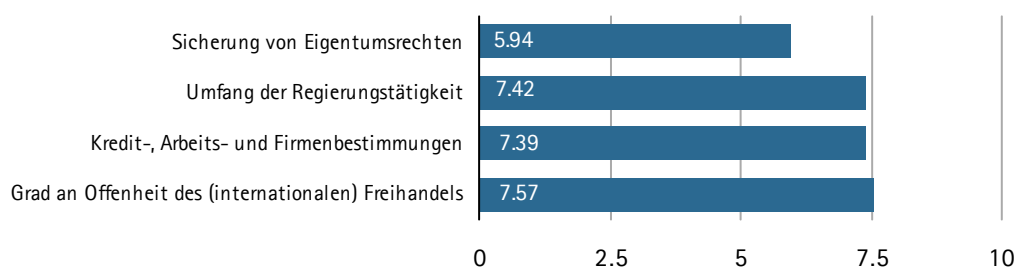
Korruption

Bezüglich des Rechtsrahmens werden fast alle Voraussetzungen erfüllt: Thailand ist Vertragspartei des Internationalen Vertrags über bürgerliche und politische Rechte, dem Internationalen Vertrag zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten und akzeptiert die allgemeine Erklärung der Menschenrechten als internationales Gewohnheitsrecht. Thailand ist jedoch nicht Vertragspartei des Übereinkommens zur Rechtsstellung von Flüchtlingen.

Menschenrechte

In der Praxis verhält es sich jedoch anders: Vorkommnisse von willkürlicher Verhaftung und Inhaftierung sind keine Seltenheit und unnötige Verzögerungen zwischen Verhaftung und Verurteilung eines Verdächtigen geschehen häufig. Die Todesstrafe existiert weiterhin im Land, was aus unserer liberalen Sicht sehr bedauerlich ist. Ein ausreichender Schutz ethnischer Minderheiten besteht nicht. Die Menschen in den Grenzregionen, besonders ethnische Kambodschaner, Burmesen, Laoten und Malaien werden häufig diskriminiert. Den Angehörigen der Bergbevölkerung in der nördlichen Region des Landes wird die thailändische Staatsbürgerschaft und auch eine angemessene Ausbildung verweigert. Die thailändische Regierung hat Flüchtlinge aus Myanmar und Laos trotz ihres Status in ihr Heimatland zurück geschickt und behindert gelegentlich die Arbeit der UNHCR.

C. Wirtschaftliche Freiheit



Privateigentum ist in der Regel geschützt. Rechtsprozesse können jedoch mitunter langwierig sein und Urteile werden oft mit illegalen Mitteln beeinflusst. Der Schutz geistigen Eigentums ist mangelhaft. Trotz der Bemühungen des Gerichts für Geistiges Eigentum und Internationalem Handel, ist Produktpiraterie weit verbreitet. Ein weiteres Problem ist die Veröffentlichung von Geschäftsgeheimnissen durch die Regierung. Es ist fraglich, inwieweit vertrauliche Daten vor missbräuchlicher Verwendung geschützt werden.

Sicherung von Eigentumsrechten

Die staatlichen Ausgaben (Verbrauchs- und Transferleistungen) sind niedrig, sie entsprechen etwa 18,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Eingriffe seitens der Regierung führten zu Rückschlägen in Privatisierungsvorhaben.

*Umfang der
Regierungstätigkeit*

Mit 37 Prozent hat Thailand eine recht hohe Einkommenssteuer. Dagegen ist der Körperschaftsteuersatz von 30 Prozent auf einem vergleichsweise durchschnittlichen Niveau. Weitere Steuern, die erhoben werden, sind eine Mehrwertsteuer und eine Vermögenssteuer. Das Steueraufkommen insgesamt beträgt etwa 16,2 Prozent des BIP.

14 kommerzielle Banken – zwei von ihnen im Besitz der Regierung – agierten im Jahr 2009. Die Kapitalmärkte entwickeln sich gut, die Börse ist dynamisch und offen für ausländische Investoren. Kredite werden in der Regel zu marktüblichen Bedingungen vergeben. Die Aufnahme, Unterhaltung und Aufgabe von Geschäftstätigkeiten ist geschützt. Die Gründung eines Unternehmens dauert 32 Tage (der weltweite Durchschnitt liegt bei 35 Tagen), der Erhalt einer Lizenz dauert weniger als der weltweite Durchschnitt von 18 Verfahren und 218 Tagen. Die Konkursanmeldung ist ein unkomplizierter Vorgang.

*Kredit-, Arbeits- und
Firmenbestimmungen*

Die Erwerbsregulierungen sind flexibel. Die Lohnnebenkosten eines Arbeitnehmers sind gering, die Entlassung eines Mitarbeiters ist einfach. Verordnungen über Arbeitszeiten sind gewerkschaftsfreundlich.

Thailands durchschnittlicher Zollsatz liegt bei etwa 4,6 Prozent. Unter der Thaksin-Administration und unter dem Druck von IWF und WTO, unternahm Thailand Schritte, um die Liberalisierung des Außenhandels voranzutreiben. Als ein Gründungsmitglied der ASEAN-Freihandelszone unterhält Thailand Freihandelsabkommen mit Australien, China, Indien, Japan und Neuseeland. Durch den Putsch von 2006 geriet der Abbau von Handelshemmnissen ins Stocken. Unerschwingliche Zolltarife, Einfuhrverbote und Beschränkungen, undurchsichtige Zollaktivitäten und eine schwache Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums stellen Hindernisse für den internationalen Handel dar.

Freihandel

Vietnam

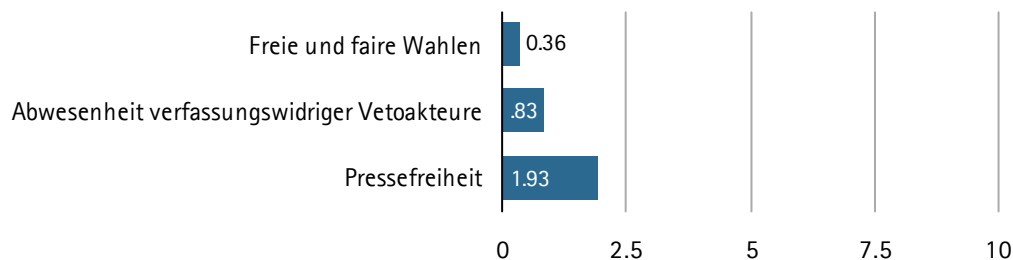
Gesamtbewertung 39,97

Kurzinformationen

<i>Bevölkerung:</i> 85.2 Mio.	<i>BIPP:</i> USD 256.9 Mrd.	<i>Erwerbslosenrate:</i> 6,5%
<i>Bevölkerungswachstum:</i> 1,2%	<i>Wachstumsrate:</i> 5,3%	<i>Menschen unterhalb der Armutsgrenze:</i> 12,3%
<i>Erwerbspersonen:</i> 48.26 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 2,600	<i>HDI:</i> 0,73
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 51,8% Industrie 15,4% Dienstleistung 32,7%	<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 21,3% Industrie 40% Dienstleistung 38,7%	<i>HDI Rang:</i> 116 (von 182)

Quelle: CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2009; The World Bank World Development Indicators 2009

A. Politische Freiheit



Es gibt nur eine gesetzliche politische Partei in Vietnam: Die Kommunistische Partei Vietnams (CPV), die die Macht besitzt. Es gibt keine demokratischen Mehrparteienwahlen – weder auf nationaler Ebene noch auf lokaler Ebene. 2007 fanden die Wahlen für die Nationalversammlung (NA) statt, die CPV war die einzige Partei die teilnahm. Dies verdeutlicht die Bandbreite der politischen Partizipation und des Pluralismus in Vietnam: Es gibt praktisch keinen. Die NA wird vollständig von der CPV gesteuert. Die Regierungspolitik wird durch das Politbüro bestimmt – die Exekutive der Partei. Vietnam kann somit nicht als eine Wahldemokratie betrachtet werden: das Grundprinzip eines jeden demokratischen Systems – freie und faire Wahlen – wird nicht ausgeführt.

Freie und faire Wahlen

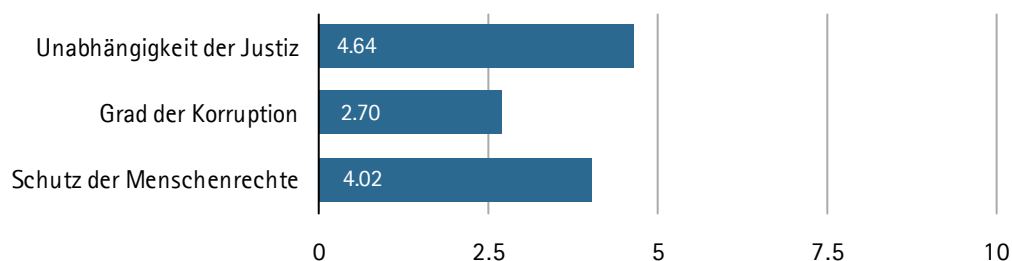
Im politischen System Vietnam gibt es keine verfassungswidrigen Vetoakteure. Die Macht liegt ausschließlich in den Händen der CPV. Dennoch folgt die Regierungsgewalt einer rechtlich-bürokratischen Herrschaft statt einer despotischen. Alle politischen Entscheidungen werden – direkt oder indirekt – von der CPV bestimmt.

*Abwesenheit
verfassungswidriger
Vetoakteure*

Die Pressefreiheit in Vietnam ist stark eingeschränkt: Regierungskritiker werden systematisch, entweder durch Gerichtsbeschlüsse oder durch andere Mittel, zum Schweigen gebracht. Zwischen 2008 und 2009 nahm die Toleranz gegenüber Regierungskritikern stark ab. Ausländische Journalisten benötigen eine Regierungserlaubnis, um zu anderen Orte außerhalb Hanois reisen zu dürfen. Satelliten-Fernsehen ist offiziell nur älteren Parteifunktionären, internationalen Hotels und ausländischen Unternehmen vorbehalten. Dennoch sind viele Haushalte mit Satellitenschüsseln ausgestattet. Alle Printmedien und Rundfunkstationen werden von der Regierung kontrolliert. Der Internetzugang ist sowohl durch rechtliche als auch durch technische Massnahmen beschränkt. Die Situation der politischen Blogger ist auch prekär: Sie stehen langen Haftstrafen, wenn nicht sogar der Todesstrafe gegenüber. *Reporter ohne Grenzen* stuft Vietnam auf Platz 166 von 175 Ländern ein.

Pressefreiheit

Rechtsstaatlichkeit



Die vietnamesischen Gerichte sind nur teilweise unabhängig: die CPV übt erheblichen Einfluss auf allen Ebenen aus. Rechtsanwälte sträuben sich häufig gegen „sensible“ Fälle, in denen es um Menschenrechte oder um Presse-/ Redefreiheit geht, aus Angst vor dem Staat. Darüber hinaus fehlt es der Judikative im Allgemeinen an Transparenz sowie Kohärenz und Effizienz. Doch die Situation der Gerichte hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Die Gehälter der Juristen wurden angehoben und eine Justizreform hat trug dazu bei die Unabhängigkeit der Richter zu verbessern.

Unabhängigkeit der Justiz

Die Bekämpfung der Korruption ist eine große Herausforderung für die vietnamesische Regierung. Die Öffentlichkeit wird sich zunehmend diesem Problem bewusst, wodurch auch die Unzufriedenheit wächst.

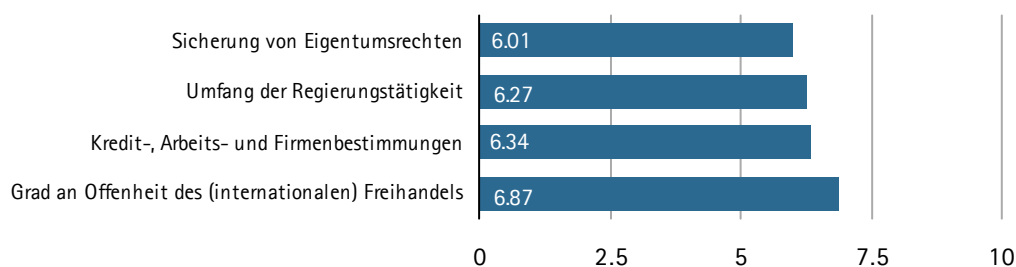
Korruption

Im Jahr 2008 verabschiedete die Regierung eine neue Strategie, die die Ursachen der Korruption bis 2020 eliminieren soll. Darüber hinaus unterzeichnete Vietnam die UN-Konvention gegen Korruption. Trotz dieser Entwicklungen bleibt die Korruption ein weit verbreitetes Problem in Vietnam. Viele Beamte missbrauchen ihre Funktion für ihren privaten Vorteil. Im Korruptionswahrnehmungsindex von *Transparency International* aus dem Jahr 2009 nimmt Vietnam Platz 120 von 180 untersuchten Ländern ein.

Der Schutz der Menschenrechte in Vietnam ist ein kritisches Thema. Zum einen sind Menschenrechtsorganisationen verboten. Pro-Demokratie-Aktivisten werden als Rebellen betrachtet und riskieren langjährige Haftstrafen. Wenn auch die Regierung mehr religiösen Gruppen erlaubt hat, ihren Glauben frei auszuüben, so gibt es dennoch Kirchen, die von der Regierung nicht sanktioniert werden. Sie erfahren Diskriminierung und Belästigung. Ein weiteres Problem ist die Todesstrafe: Im November 2009 hat das Justizministerium einen Vorschlag zur Reduzierung der Zahl der Kapitalverbrechen von 29 auf 12 zureduzieren, vorgebracht - die Nationalversammlung aber lehnte diesen Vorschlag ab und behauptete, dass die Todesstrafe noch notwendig sei, um weit verbreitete schwere Kriminalität zu verhindern. Laut *Amnesty International* wurden 59 Menschen im Jahr 2009 zum Tode verurteilt, davon wurden 19 Personen hingerichtet. In dem Bereich der Menschenrechte erreicht Vietnam einen relativ niedrigen Wert: Obwohl das Land Vertragspartei in mehreren UN-Menschenrechtskonventionen ist, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass Menschenrechtsverletzungen mehrfach auftreten.

Menschenrechte

Wirtschaftliche Freiheit



Bis vor kurzem war der Schutz von Eigentumsrechten in Vietnam bestenfalls rudimentär. Die Verträge waren

*Sicherung
von Eigentumsrechten*

schwach durchgesetzt und Streitbeilegung konnte Jahre dauern. Endgültiger Eigentümer war der Staat. Doch im Jahr 2003 brachte ein neues Landgesetz einige Veränderungen: Ausländische Landtitelhalter können sich jetzt mit Grundeigentumsgeschäften beschäftigen und ausländische Kapitalanleger können Land für 50–70 Jahren pachten, die wiederum erneuerbar sind. Seit 2009 können Ausländer, die bestimmten Kriterien erfüllen, Wohnungen besitzen.

Ein Gesetzesentwurf zu geistigem Eigentum, der unter anderem Regelungen zu Urheberrechten und gewerblichem Eigentum beinhaltet, wurde an die WTO eingereicht. Dennoch wird das Recht auf geistiges Eigentum oft verletzt beziehungsweise nur schwach durchgesetzt.

Die Staatsausgaben sind moderat, sie liegen bei 29,8 Prozent des BIP. In den letzten Jahren waren eher langsame Fortschritte bei der Privatisierung und der Umstrukturierung staatlicher Unternehmen zu verzeichnen. Steuerreformen im Jahr 2009 führten dazu, dass der Einkommens- und Körperschaftsteuersatz auf 35 Prozent bzw. 25 Prozent verringert wurde. Sonstige Steuern sind eine Mehrwertsteuer und eine Eigentumssteuer. Das gesamte Steueraufkommen entspricht 23,2 Prozent des BIP.

Der Finanzsektor ist unterentwickelt und leidet unter einem hohen Maß an Staatsbeteiligung. Die Politik der Regierung bestimmt den Geldverleih, der größtenteils von vier großen staatseigenen Banken betrieben wird. Im Jahr 2008 wurde vier ausländischen Banken eine Geschäftserlaubnis erteilt.

Die Aufnahme, Unterhaltung und Schließung eines Unternehmens unterliegen einer Vielzahl von Vorschriften. Die Aufnahme eines Geschäftsvorhabens dauert 50 Tage. Die Erteilung einer Gewerbeerlaubnis liegt unter dem weltweiten Durchschnitt von 18 Verfahren und 218 Tagen. Konkursverfahren sind langsam und kompliziert.

Die Erwerbsregulierungen sind unflexibel. Die Lohnnebenkosten für Arbeitnehmer sind moderat, die Entlassung eines Mitarbeiters ist schwierig. Aktuelle Unruhen auf Seiten der Arbeitnehmer haben dazu geführt, dass die Mindestlöhne erhöht worden sind.

*Umfang der
Regierungstätigkeit*

*Kredit-, Arbeits- und
Firmenbestimmungen*

Seit den 1980er Jahren unternimmt die Regierung Schritte zur Liberalisierung des Handels. Dieser Prozess wurde durch mehrere Ereignisse geprägt: der ASEAN- Beitritt Vietnams im Jahr 1995, der Eintritt in den Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) im Jahre 1998, der Abschluss eines bilateralen Handelsabkommens mit der USA im Jahr 2000 und der Beitritt in die WTO im Jahr 2007. Die ASEAN-Mitgliedschaft führt zu einer starken Reduzierung der Zölle auf Importe anderer Mitgliedsländern.

Freihandel

Doch trotz dieser Entwicklungen leidet der internationale Handel noch immer unter Importverboten- und Beschränkungen für bestimmte Produkte. Ebenso beeinträchtigen Importsteuern und Zulassungsvoraussetzungen; undurchsichtige Vorschriften, unzureichende Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums, Korruption, und Zollwidersprüchlichkeiten den freien Handel.

China

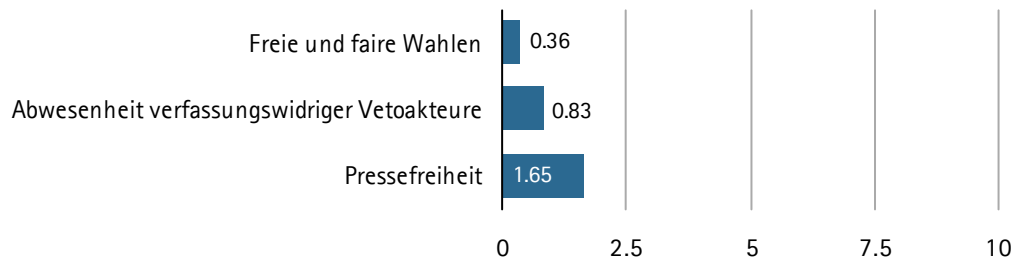
Gesamtbewertung 36,61

Kurzinformationen

<i>Bevölkerung:</i> 1.33 Mrd.	<i>BIP:</i> USD 9.85 trillion	<i>Erwerbslosenrate:</i> 4,3%
<i>Wachstumsrate:</i> 0,94%	<i>Wachstumsrate:</i> 10,1%	<i>Menschen unterhalb der Armutquote:</i> 2,8%
<i>Erwerbspersonen:</i> 819,5 Mio.	<i>pro Kopf:</i> USD 7,400	<i>HDI:</i> 0.663
<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 39,5% Industrie 27,2% Dienstleistung 33,2%	<i>nach Sektor:</i> Landwirtschaft 9,6% Industrie 46,8% Dienstleistung 43,6%	<i>HDI Rang:</i> 89 (von 169)

Quelle: CIA World Factbook; UNDP Human Development Report 2010

A. Politische Freiheit



Direkte Wahlen finden nur auf Bezirks- und Kommunalebene statt. Auf nationaler Ebene gibt es keine allgemeinen Wahlen. Stattdessen wird der nationale Gesetzgeber (der Nationale Volkskongress; NCP) durch die sub-nationalen Kongresse gewählt. Im Großen und Ganzen ist der NCP eine symbolische Institution, die die Rechtsvorschriften, die die Kommunistische Partei Chinas (CCP) vorschlägt, genehmigt. Für die Wahlen auf lokaler Ebene werden die Kandidaten schon vorab ausgewählt und durch die CCP genehmigt. Es gibt nur wenige Fälle, wo selbstnominierte Kandidaten gewählt wurden. Um auf der zunehmenden öffentlichen Unzufriedenheit über Korruption entgegenzuwirken, wurden Parteisekretäre zur öffentlichen Abstimmung in einigen Gebieten eingesetzt. Dies deutet auf eine geringfügige Öffnung des Wahlvorgangs auf lokaler Ebene hin, dennoch kann China nicht als eine Wahldemokratie klassifiziert werden.

Freie und faire Wahlen

Wenn auch der NCP formal das höchste gesetzgebende Organ der Volksrepublik China (VRC) ist, so wird der politische Prozess weitgehend von der CCP beherrscht. Alle einflussreichen Beamten werden durch ältere Parteimitglieder befördert oder ernannt. Die

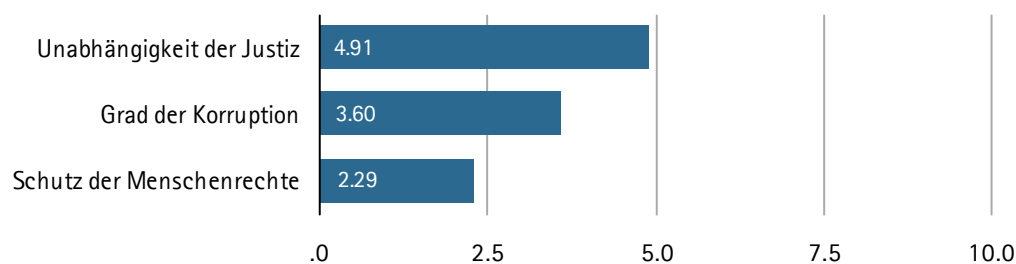
*Abwesenheit
verfassungswidriger
Vetoakteure*

Macht liegt konzentriert in den Händen der CCP - es gibt keine Kraft, die die CCP herausfordern könnte. Auch wenn die Wahlen selbst nicht als eine Farce zu bezeichnen sind, so werden sie durch die Praxis bedeutungslos. Die CCP kann als ein mächtiger Vetoakteur im chinesischen politischen System angesehen werden. Die geringe Punktzahl, die China in diesem Abschnitt erreicht, verdeutlicht dies.

Wenn auch durch die Verfassung gewährt, ist die Presse- und Meinungsfreiheit stark eingeschränkt. Regierungsbeamte üben starken Druck aus, so dass Journalisten entweder beim offiziellen Standpunkt gezwungenermaßen bleiben oder ansonsten das Risiko eingehen, entlassen oder sogar inhaftiert zu werden. Doch die zunehmende Verbreitung von modernen Kommunikationstechnologien ermöglicht es den Menschen ihre Ansichten auszudrücken oder die Öffentlichkeit für bestimmte Themen zu sensibilisieren. Die Regierung wiederum hat schnell auf diese neue Herausforderung reagiert und entwickelte verschiedene Möglichkeiten um die elektronische Kommunikation zu steuern und zu kontrollieren. Insgesamt sind die Medien in China stark zensiert und unterliegen einer strikten Kontrolle durch die Regierung.

Pressefreiheit

B. Rechtsstaatlichkeit



Die Gerichte in China sind nicht politisch unabhängig. Die Situation hat sich aber in den letzten Jahren deutlich verbessert. In einigen Fällen wurden sogar gegen die Regierung eingereichte Klagen zugunsten der Ankläger entschieden. Die Einmischung durch die CCP hat sich verringert, ist aber noch nicht vollkommen beseitigt. Chinas Rechtssprechung bleibt insgesamt schwach, aufgrund schlecht ausgebildeter Richter und Anwälte. Ein weiteres schweres Defizit ist die weit verbreitete Korruption unter Richtern, was nicht selten in einer parteiischen Rechtssprechung resultiert.

*Unabhängigkeit
der Justiz*

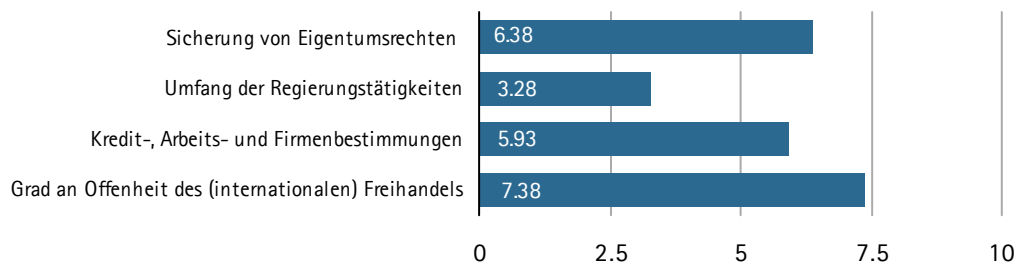
Es gibt Gesetze zur Bekämpfung der Korruption, die jedoch relativ wirkungslos sind. Einer der Gründe für die schlechte Umsetzung dieser Gesetze ist, dass Korruptionsfälle häufig nicht durch die Judikative sondern von der CCP bearbeitet werden. Folglich werden Beamte oft nicht zur Rechenschaft gezogen. Nur wenige Fälle werden öffentlich gemacht und dienen als Schauprozesse der CCP, die Entschlossenheit zur Bekämpfung der Korruption demonstrieren sollen. Auf lokaler Ebene sind die Dinge etwas anders: dort stehen Parteibeamte gelegentlich amtlichen Prüfungen oder Bestrafungen gegenüber. Besonders Wirtschaftssektoren mit hoher staatlicher Beteiligung sind anfällig für korrupte Praktiken und China verfügt noch immer nicht über eine unabhängige Anti-Korruptions-Agentur.

Korruption

China ist Vertragspartei des internationalen UN-Abkommens zu bürgerlichen und politischen Rechten sowie des Übereinkommens zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Das erste Übereinkommen wurde jedoch noch nicht bestätigt. Darüber hinaus erklärte die VR China auch die Akzeptanz der Allgemeinen Erklärungen der Menschenrechte. Trotz dieser vermeintlich positiven Tatsachen, respektiert China dennoch nicht die Menschenrechte. Im Land existiert weiterhin die Todesstrafe: Mehr als 65 Verbrechen werden mit der Todesstrafe bestraft- darunter auch gewaltlose Straftaten. Die Zahl der Hinrichtungen wurde im Jahr 2009 auf rund 5.000 geschätzt. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Berichte über rechtswidrige und willkürliche Inhaftierung, Folter, Zwangsumsiedlungen und Diskriminierung von ethnischen oder religiösen Minderheiten. Die Regierung unternimmt systematisch Kampagnen gegen Menschenrechtsaktivisten und Rechtsanwälte, um sie öffentlich in Verruf zu bringen. Trotz der formalen Bemühungen der Regierung zur Unterzeichnung mehrerer UN-Abkommen, erreicht China nur eine geringe Punktzahl im Bereich Menschenrechte.

Menschenrechte

C. Wirtschaftliche Freiheit



Im Oktober 2007 trat Chinas erstes Privateigentums-gesetz in Kraft, das Personen und Gesellschaften den Besitz von Privateigentum ermöglicht. Der endgültige Eigentümer über das Land ist jedoch der Staat, was bedeutet, dass Landbesitz nur über langfristige Miet-verträge erhalten werden kann. Der Eigentumsschutz ist schwach. Korrupte lokale Beamte beschlagnahmen häufig ungesetzlich Land. Schätzungen zufolge sind etwa 40 Millionen Bauern davon betroffen.

*Sicherung
von Eigentumsrechten*

Geistiges Eigentum wird häufig ignoriert. Urheber-rechte und Patente, Markennamen, Warenzeichen und Geschäftsgeheimnisse sind häufig gestohlen.

Chinas Regierungsausgaben (die Verbrauchs- und Übertragungszahlungen einschließen) sind ziemlich niedrig, sie belaufen sich auf ungefähr 20 Prozent des BIP. In den meisten Wirtschaftssektoren dominiert das Staatseigentumsrecht.

China hat eine hohe Einkommensteuerrate von 45 Prozent. Aber die Körperschaftssteuerrate von 25 Prozent ist gemäßigt. Andere Steuern schließen eine Mehrwertsteuer (MWSt) und eine Immobilien-Steuer ein. Die gesamten Steuereinnahmen belaufen sich auf 18 Prozent des BIP.

Die Aufnahme von Geschäftstätigkeiten dauert in China durchschnittlich 38 Tage. Die Freiheit, ein Ge-schäft zu gründen und zu führen, wird durch Chinas restriktive Durchfüh-rungsumgebung behindert.

*Kredit-, Arbeits- und
Firmenbestimmungen*

Die Erwerbsregulierungen erweisen sich als Hindernis für das allgemeine Beschäftigungs-und Produktivi-tätswachstum. Die Lohnnebenkosten der Arbeitneh-mer sind hoch. Die Entlassung eines Arbeitnehmers erfordert oft eine vorherige Konsultation des zustän-digen Arbeitsamtes oder der Gewerkschaft.

Chinas Finanzsystem wird größtenteils von der Regierung kontrolliert. Es gibt nur zwei private Banken, vier staatliche Institutionen haben die Kontrolle über 50 Prozent des Vermögens. Der Staat bestimmt die Vergabe von Krediten, was meist zugunsten staatlicher Unternehmen geschieht.

Chinas Beitritt in die WTO führt zu einer Befreiung des internationalen Handels. Das Niveau des Regierungseingreifens und der Importbarrieren hat abgenommen und durchschnittliche Tarifsätze sind unter 10 Prozent gesunken. Außerdem ist China Unterzeichner verschiedener bilateraler und regionaler Freihandelsabkommen (FTAs), zum Beispiel des ASEAN-CHINA FTAs eingegangen, das den größten Handelsblock in der Welt mit fast zwei Milliarden Menschen schuf.

Exportbarrieren sind jedoch weiterhin ein Hindernis. Zudem sind einige Beschränkungen, Verbote und Genehmigungspflichten in Kraft. Import- und Exportverbote, komplizierte Vorschriften und Standards sowie korrupte Zollbeamte beschränken die Freiheit des internationalen Handels.

Freihandel

Anhang I

Methodik und Datenquellen

A. Methodik

Das Freiheitsbarometer Asien 2010 stützt sich auf angesehene Quellen. Die Dimensionen der politischen Freiheit und Rechtsstaatlichkeit beruhen auf den Daten von *Freedom House* (2010), *Reporter ohne Grenzen* (2009) und *Transparency International* (2009). Die einzige Ausnahme bildet die Variable „Menschenrechte“. Hier haben wir beschlossen, einen eigenen Evaluationsmechanismus zu entwickeln.

Im wirtschaftlichen Bereich haben wir die Daten aus dem „Economic Freedom of the World Report“ 2010 (Datenwerte 2008) (siehe Tabelle 2) verwendet, ergänzt durch Daten aus dem Index „Economic Freedom“ 2010 von der *Heritage Foundation* und den Bertelsmann Transformation Index 2010. Wir sind uns der mangelnden Synchronität der Daten bewusst, wir hoffen aber, dass Differenzen aufgrund der begrenzten Überschneidungen der Indikatoren aufgeglichen werden können. Unser Ziel war es, die neuesten Daten, die zur Verfügung stehen für unseren Index zu verwenden.

DIMENSION I – Politische Freiheit

1. Freie und faire Wahlen

Die Bewertung dieser Komponente ergibt sich aus Fragen zum (A) Wahlprozess und (B) zu politischem Pluralismus und der Partizipation aus dem „World Report“ von *Freedom House*. *Freedom House* weist eine maximale Punktzahl von 12 Punkten zur Frage (A) und einem Maximum von 16 Punkten zu Frage (B) auf, was insgesamt zu einer maximalen Punktzahl von 28 Punkten führt. Wir konvertierten dies in unser Muster von einer Bewertung von 0–10 Punkten (10 bedeutet hier am besten). Beispiel: Land A erzielt 16 von 28 möglichen Punkte in der *Freedom House* Bewertung, das macht einen Prozentwert von 57.14%. Daraus ergibt sich für unser Freiheitsbarometer ein Ergebnis von 5,71 auf einer Skala von 0–10.

2. Abwesenheit verfassungswidriger Vetoakteure

Diese Komponente basiert auf Daten zur der Arbeitsweise der Regierungen des „Freedom of the World Report“, der Organisation *Freedom House*. *Freedom House* weist eine maximale Punktzahl von 12 Punkten auf. Nach oben beschrieben Prinzip ergibt sich hieraus die Bewertung für unser Barometer.

3. Pressefreiheit

Die Variable „Pressefreiheit“ basiert auf dem jährlichen erscheinenden Bericht „Press Freedom Index“ von der Organisation *Reporter ohne Grenzen*. Dieser Index basiert auf einem Fragebogen, der Korrespondenten, Reporter, Forscher, Juristen und Menschenrechtsaktivisten in der ganzen Welt gesandt wird. Dies Umfrage untersucht die Pressefreiheit in bestimmten Ländern. Der Fragenkatalog beinhaltet Fragen zu körperlichen Angriffen, Verhaftungen und direkten Bedrohungen; indirekten Drohungen,

Druck und Zugang zu Informationen; Zensur und Selbstzensur, öffentliche Medien, wirtschaftlichem, rechtlichem und administrativem Druck sowie Fragen zur Benutzung des Internets und neuen Medien. *Reporter ohne Grenzen* bewertet die jeweiligen Länder auf einer Skala von 1-100 (1= am besten), die Skala konvertieren wir in eine Skala von 1-10 (die ausführliche Umrechnungstabelle siehe Anhang II).

DIMENSION II – Rechtsstaatlichkeit

1. Unabhängigkeit der Justiz

Grundlage für Ranking ist der „Economic Freedom of the World Report 2010“ des *Fraser Instituts*. Hierbei beziehen wir uns auf die Daten zur richterlichen Unabhängigkeit im Bereich 2 – Rechtliche Struktur und Sicherheit von Eigentumsrechten. Der „Economic Freedom of the World Report“ folgt dem gleichen Bewertungsmuster wie unser Freiheitsbarometer Asien, was eine Konvertierung nicht erforderlich macht.

2. Grad der Korruption

Die Komponente „Korruption“ beinhaltet die Daten des Korruptionswahrnehmungsindex 2010 von *Transparency International*. Auch hier war keine Konvertierung der Bewertungsskala notwendig.

3. Schutz der Menschenrechte

Zur Beurteilung der Menschenrechtssituation in den jeweiligen Ländern erarbeiteten wir einen eigenen Fragebogen zu den Bereichen „Rechtsrahmen“, „rechtlichen Verpflichtungen“ und zur „Einhaltung der Menschenrechte“. Der Fragebogen besteht aus 23 Fragen, insgesamt können höchstens 17,6 Punkte erreicht werden. Nach demselben Muster wie in (1) „freie und faire Wahlen“, werden die gewonnenen Informationen in eine Punkteskala von 0-10 umgewandelt (Fragenkatalog siehe Anhang III).

DIMENSION III – Wirtschaftliche Freiheit

1. Sicherung von Eigentumsrechten

Hierbei diente uns als Quelle der „Freedom of the World Report 2010“ des *Fraser Instituts* – Bereich 2 – Rechtliche Struktur und Sicherheit von Eigentumsrechten. Der „Economic Freedom of the World Report“ entspricht unserem eigenen Bewertungsmuster, eine Konvertierung war daher nicht nötig. Weitere Daten und Informationen nutzen wir von der *Heritage Foundation* („Index of Economic Freedom 2010“) und vom „Bertelsmann Transformation Index 2010“.

2. Umfang der Regierungstätigkeit: Ausgabenpolitik, Steuern und staatliche Unternehmen)

Die Bewertung basiert auf Daten des „Economic Freedom of the World Report“ des *Fraser Instituts* – Bereich 1. Eine Konvertierung war nicht erforderlich. Weitere Daten und Informationen wurde von der *Heritage Foundation* („Index of Economic Freedom 2010“) und vom „Bertelsmann Transformation Index 2010“ bezogen.

3. Kredit-, Arbeits- und Firmenbestimmungen

Grundlage ist der „Economic Freedom of the World Report“ des *Fraser Instituts*- Bereich 5 – Regulierungen der Kredite, Arbeit und Wirtschaft. Eine Konvertierung war nicht erforderlich. Weitere Daten und Informationen wurde von der *Heritage Foundation* („Index of Economic Freedom 2010“) und vom „Bertelsmann Transformation Index 2010“ verwendet.

4. Grad an Offenheit des (internationalen) Freihandels

Als Quelle diente der „Economic Freedom of the World Report“ vom *Fraser Institute* – Bereich 4 – internationaler Freihandel. Eine Konvertierung war nicht erforderlich. Weitere Daten und Informationen wurde von der *Heritage Foundation* („Index of Economic Freedom 2010“) und vom „Bertelsmann Transformation Index 2010“ bezogen.

B. Datenquellen

1. *Freedom House*

Freedom House bewertet den Grad an politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten. Eine Checkliste mit 25 Fragen (10 politische und 15 bezogen auf die bürgerlichen Freiheiten) dient als Datengrundlage. Die 10 politischen Fragen beinhalten folgende Bereiche: Wahlprozess (3 Fragen), politischer Pluralismus und Partizipation (4 Fragen), zzgl. Arbeitsweise der Regierung (3 Fragen). Die bürgerlichen Freiheiten werden in Fragen der Meinungsfreiheit und Glaubensfreiheit (4 Fragen), Vereinsleben und Organisationsfreiheit (3 Fragen), Rechtsstaatlichkeit (4 Fragen) sowie persönliche Autonomie und individuelle Rechte (4 Fragen) eingeteilt.

Schließlich werden die Ergebnisse von einem Team, bestehend aus *Freedom House* Mitarbeitern, Wissenschaftlern, Medienwissenschaftlern, Menschenrechtlern und weiteren Personen ausgewertet.

2. *Reporter ohne Grenzen*

– siehe unter A. Methodik, Dimension Pressefreiheit –

3. *Transparency International*

Der Korruptionswahrnehmungsindex 2008, wie der Name bereits erkennen lässt, das Ziel, die Wahrnehmung von Korruption in den betrachteten Ländern zu erfassen. Der Index basiert auf 13 verschiedenen Meinungsumfragen und -studien von elf unabhängigen Institutionen. Zur Qualitätssicherstellung wird diese Methodik von einem unabhängigen Gremium, dem „Advisory Committee Index“ gelenkt.

4. *Economic Freedom of the World*

Das *Fraser Institut*, eine liberaler Think Tank mit Sitz in Kanada veröffentlicht jedes Jahr zusammen mit seinen Partnern in der ganzen Welt – darunter auch das Liberale Institut der Friedrich Naumann Stiftung – den „Economic Freedom of the World Report“. Dieser enthält Angaben zu den folgenden fünf Themenkomplexen:

1. Größe der Regierung: Ausgaben, Steuern und Unternehmen;
2. Rechtliche Struktur und Sicherheit von Eigentumsrechten;
3. Der Zugang zu stabilem Geld
4. Internationaler Freihandel und
5. Regelungen zu Kredit-, Arbeits- und Geschäftsprozessen

5. *Die Heritage Foundation*

Die *Heritage Foundation*, ein konservativer amerikanischer Think Tank und Befürworter der Grundsätze des freien Unternehmertums, der beschränkten Regierungsgewalt und individueller Freiheit veröffentlicht jährlich den „Index of Economic Freedom“. Um den Grad der wirtschaftlichen Freiheit in den einzelnen Ländern zu evaluieren, werden zehn Komponenten auf einer Skala von 0-100 (100 = am besten) bewertet. Die gesammelten Mittelwerte ergeben schließlich den Durchschnittswert für die allgemeine wirtschaftliche Freiheit.

6. *Bertelsmann Transformation Index*

Die *Bertelsmann Stiftung*, ein deutscher Think Tank veröffentlicht zweimal jährlich den „Transformationsindex“. Dieser listet die Entwicklungen in den Bereichen Demokratie und Marktwirtschaft für 128 Länder auf. Die Dimensionen Demokratie, Marktwirtschaft und politische Verwaltung werden durch 17 Kriterien (insgesamt 52 Fragen) bewertet und anschließend in 2 Kategorien – Statusindex und Managementindex- dargestellt.

Anhang II

Pressefreiheit- Index – Konvertierungstabelle

RWB	FB	RWB	FB	RWB	FB	RWB	FB	RWB	FB
1	10,00	21	8,00	41	6,00	61	4,00	81	2,00
2	9,90	22	7,90	42	5,90	62	3,90	82	1,90
3	9,80	23	7,80	43	5,80	63	3,80	83	1,80
4	9,70	24	7,70	44	5,70	64	3,70	84	1,70
5	9,60	25	7,60	45	5,60	65	3,60	85	1,60
6	9,50	26	7,50	46	5,50	66	3,50	86	1,50
7	9,40	27	7,40	47	5,40	67	3,40	87	1,40
8	9,30	28	7,30	48	5,30	68	3,30	88	1,30
9	9,20	29	7,20	49	5,20	69	3,20	89	1,20
10	9,10	30	7,10	50	5,10	70	3,10	90	1,10
11	9,00	31	7,00	51	5,00	71	3,00	91	1,00
12	8,90	32	6,90	52	4,90	72	2,90	92	0,90
13	8,80	33	6,80	53	4,80	73	2,80	93	0,80
14	8,70	34	6,70	54	4,70	74	2,70	94	0,70
15	8,60	35	6,60	55	4,60	75	2,60	95	0,60
16	8,50	36	6,50	56	4,50	76	2,50	96	0,50
17	8,40	37	6,40	57	4,40	77	2,40	97	0,40
18	8,30	38	6,30	58	4,30	78	2,30	98	0,30
19	8,20	39	6,20	59	4,20	79	2,20	99	0,20
20	8,10	40	6,10	60	4,10	80	2,10	100	0,10
								100+	0,00

Anhang III –Fragenkatalog zur Evaluation der Menschenrechtssituation

Zur Berechnung der Punktzahl für die Variable Menschenrechte wurde der folgende Satz von Fragen verwendet:

1. Rechtlicher Rahmen

- 1.1. Ist das Land Vertragspartei des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge?
- 1.2. Ist das Land Vertragspartei des Internationalen Vertrags über bürgerliche und politische Rechte?
- 1.3. Ist das Land Vertragspartei des Internationalen Vertrags über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte?
- 1.4. Wie steht das Land zur UDHR? (Wird die UDHR als internationales Gewohnheitsrecht akzeptiert)?

2. Rechtliche Verpflichtungen

- 2.1. Unterbindet der Staat Praktiken wie Folter, grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung / Strafe?
- 2.2. Unterdrückt der Staat Zwangsarbeit?
- 2.3. Gibt es Vorkommnisse von willkürlicher Festnahme oder Haft?
- 2.4. Gewährt der Staat den Bürgern das Recht auf freie Bewegung?
- 2.5. Erfährt jeder Mensch die gleiche Behandlung vor dem Gesetz?
- 2.6. Werden die Menschen, denen einen Straftat vorgeworfen wird als unschuldig behandelt solange bis ihre Schuld bewiesen ist?
- 2.7. Werden die Menschen, denen eine Straftat zur Last gelegt wird unverzüglich angeklagt?
- 2.8. Schützt der Staat das Recht auf Religionsfreiheit?
- 2.9. Schützt der Staat das Rechts auf freie Meinungsäußerung?
- 2.10. Schützt der Staat das Recht der Minderheiten, ihre eigene Kultur auszuleben, sich zu ihrer eigenen Religion zu bekennen und sie auszuüben sowie ihre eigene Sprache zu sprechen?
- 2.11. Existiert die Todesstrafe noch?
- 2.12. Hat das Land den Grundsatz der Nicht-Zurückweisung von Flüchtlingen?

3. Einhaltung der Menschenrechte

- 3.1. Wird jemand verfolgt aufgrund seiner Herkunft?
- 3.2. ... seines Geschlechts?
- 3.3. ... seiner Hautfarbe?
- 3.4. ... seiner Sprache?
- 3.5. ... seiner Religion?
- 3.6. ... seiner politischen oder anderer Überzeugungen?
- 3.7. ... seines Besitzes ?

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Bereich Internationale Politik

Referat für Querschnittsaufgaben

Karl-Marx-Straße 2

D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung finden Sie unter www.freiheit.org